DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 51 ab Samstag, 19. Juni 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

SCHWEIZ! 40 PROZENT STIMMEN GEGEN CORONA-REGIME

DW-Bericht aus Bern von Dr. Yana Milev Seite 4

WIR SIND DEMOKRATEN. WAS SEID IHR?

G7-Gipfel feiert sich und den menschenrechtswidrigen Corona-Putsch der Konzerne. Demokraten fordern Inhaftierung der politisch Verantwortlichen und bereiten Verfassungsgebende Versammlung vor: Die Deutschen verständigen sich neu auf Basis des Grundgesetzes.

Von Gipfel zu Gipfel: DW-Spezial von Hendrik Sodenkamp und Nadine Strotmann

Der Monarch machte klar, was er so sehr liebt: »Politischer Wille auf Initiative der Wirtschaft und öffentliche Mobilisierung.« Übersetzt heißt das: Krieg mit allen Mitteln gegen das eigene Volk. Der ewige Thronfolger Prinz Charles bekam sich kaum ein vor Glück: Der Corona-Putsch habe »bewiesen, was möglich ist«. – Wenn Milliardäre und ein paar abgehalfterte Regierungschefs die Welt zerrütten wollen. So ging es zu beim G7-Gipfel am abgeschieden Südwestzipfel Englands unter tätiger Mithilfe der Marionetten Ursula von der Leyen und Konzernkanzlerin Angela Merkel.

Doch gegen die Corona-Verschwörung wächst der Widerstand seit 15 Monaten mit jedem Tag. Demokraten weltweit fordern bereits ein Kriegsverbrechertribunal in der Art der Nürnberger Prozesse. In Deutschland bereiten Millionen Bürger eine Verfassungserneuerung vor.

weiter Gipfelpanorama Seiten 12/13



Demokratengipfel der DW-Redaktion an der wiederbelebten Ostsee anstatt G7-Corona-Junta im einsamen Cornwall: . *Von links nach rechts: Charles Michel (Präsident Europäischer Rat), Justin Trudeau (Kanada), Joe Biden (USA), Yoshihide Suga (Japan), Boris Johnson (England), Mario Draghi (Italien), Emmanuel Macron (Frankreich), Ursula von der Leyen (EU) und Angela Merkel (BRD). Auf dem Foto (v.l.n.r.) konterkariert von den DW-Redakteuren Nicolas Riedl, Burak Erbasi, Hermann Ploppa, Jill Sandjaja, Anselm Lenz, Clark Kent, Hendrik Sodenkamp, Nadine Strotmann und Ute Feuerstacke. | Foto: Hannes Henkelmann/DW.*

KENFM.DE

GEGEN DIE ZENSUR! Berlin/DW. Der Google-Konzern hat das reichweitenstärkste deutsche Journalistenportal *KenFM.de* aus seiner Suchmaschine gelöscht. Damit können Leser, die sich ungehindert informieren wollen, viele renommierte Journalisten nicht mehr per Google auffinden. Dies wurde dieser Zeitung am Montag bekannt. Der Google-Konzern hatte bereits 2020 die Info-Magazine des Journalisten Ken Jebsen von der Videoplattform YouTube zensiert. DW druckt deshalb auf dem Titel der Ausgabe 51 die Adresse des Portals anstatt der Adresse *NICHTOHNEUNS.DE.*

Ein freier Forschergeist

LAUDATIO ***Der Preis der Republik geht an Holger Reißner.***
Von Daniel Ré



Wenn die Regierung unabhängige und hochversierte Wissenschaftler ignoriert, dann ist es an der Zeit, dass Forschung und Entwicklung wieder in die Hände des Souveräns gelangen. Holger Reißner setzt einen Meilenstein bei der Untersuchung von Impfstoffen.

»Ach du Schreck«, dachte sich der Industrie-Ingenieur Holger Reißner aus Hamburg, als er die neuartigen mRNA Impfstoffe von Moderna, BioNtech und Astrazeneca unter seinem Mikroskop untersuchte. Er fand Spurenelemente von SM-102 vor! Dieser Stoff enthält zahlreiche toxische Gefahrenstoffe und wird deshalb nur für Forschungszwecke eingesetzt. Dies war der Startschuss für Reißner eine eigene Forschungseinrichtung zu gründen, um unabhängige und lobbyfreie Impfstoffforschung gewährleisten zu können.

Der Familienvater ist außerdem dafür bekannt, alternative Heilmittel zu erproben und nach wissenschaftlichem Erfolgsverlauf in Verbindung mit Covid-19 zu empfehlen. Ein Beispiel hierfür ist das gasförmige Gemisch Chlordioxid aus Natriumchlorid und Salzsäure, welches in Afrika und in den Industrienationen immer mehr an Beliebtheit gewinnt, da es dem Vernehmen nach bei als unheilbar eingestuften Krankheitsverläufen Erfolge erzielte. – Echte Wissenschaft lebt vom Diskurs mutiger und freier Geister und ein solcher ist Holger Reißner!

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Holger Reißner verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas.



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Texte, Audio und Video: Siehe demokratischerwiderstand.de

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? – Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de, demokratischegewerkschaft.de, Bewegung Leipzig und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in unserer gesamten Republik verbreiten.

Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 51. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und auch 21!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Enzensbergers Diagnose

EINWURF *von Werner Köhne*

Vor 65 Jahren war es ein Gedichtband, der in der jungen Bonner Republik für Aufsehen sorgte. Verfasst hatte ihn Hans Magnus Enzensberger. Schon der Titel hatte es in sich: »Verteidigung der Wölfe gegen die Lämmer«. Sarkastisch ins Visier genommen wurde darin die Unterwürfigkeit und Autoritätshörigkeit der Nachkriegsdeutschen.

Enzensberger präzisierte damals in einem Gespräch: »Der Gedichtband handelt von den Guten und den Bösen und hier werden sozusagen die Bösen gegen die Guten verteidigt, denn ohne die Mitwirkung der Guten könnten die Bösen ja gar nicht so böse sein. Diese Guten lassen sich gern belügen.« Konkret auf den Titel des Bandes bezogen heißt es gar an die *menschlichen* Lämmer gerichtet: »Zerrissen wollt ihr werden.«

In seinen drei ersten Lyrikbänden beklagt Enzensberger zudem eine »unheilvolle Erstarrung der spätindustriellen Welt«, und spricht später gar vom »Digitalen« (!), das er im Wahrnehmungshorizont seiner Zeit noch als unsichtbare Macht durch die Lüfte strömen und summen hört; er sieht in dieser *Umspannung* der Welt allerdings schon Voraussetzungen für Planspiele zur Manipulation von Menschen durch die damals noch kaum entfesselten Medien. Heutige Leser denken natürlich an die Attacke von Viren auf das Körperwesen Mensch und zusätzlich an den ebenso beunruhigenden Angriff von digitalen Viren auf unsere sozialen Netze, wovon Enzensberger ja noch nichts wissen konnte – aber womöglich schon etwas ahnte. Der Dystopie begegnet der Mensch in Coronazeiten fast noch strikter als in den 50er Jahren mit Gehorsamkeit und Unterwürfigkeit. Die analogen wie die digitalen Viren werden dabei als Schicksalsmächte wahrgenommen. In dieser Kunst der *Heimsuchung* haben wir es inzwischen weit gebracht. Die raubvogelartig maskierten Gesichter auf unseren Straßen hätten einen Hieronymus Bosch sicher inspiriert.

Und noch eins weist Enzensberger als einen scharfsichtigen Analytiker aus: »Die Angst vor dem Beifall von der falschen Seite ist ein Charakteristikum totalitären Denkens.«

Verfolgt man das letzte, also das Corona-Jahr, so zeigen sich diese Visionen als neue Normalität im Sinne von Paul Klees vorwärts marschierenden Viadukten. Dazu nur eins: No pasarán – sie werden damit nicht durchkommen!

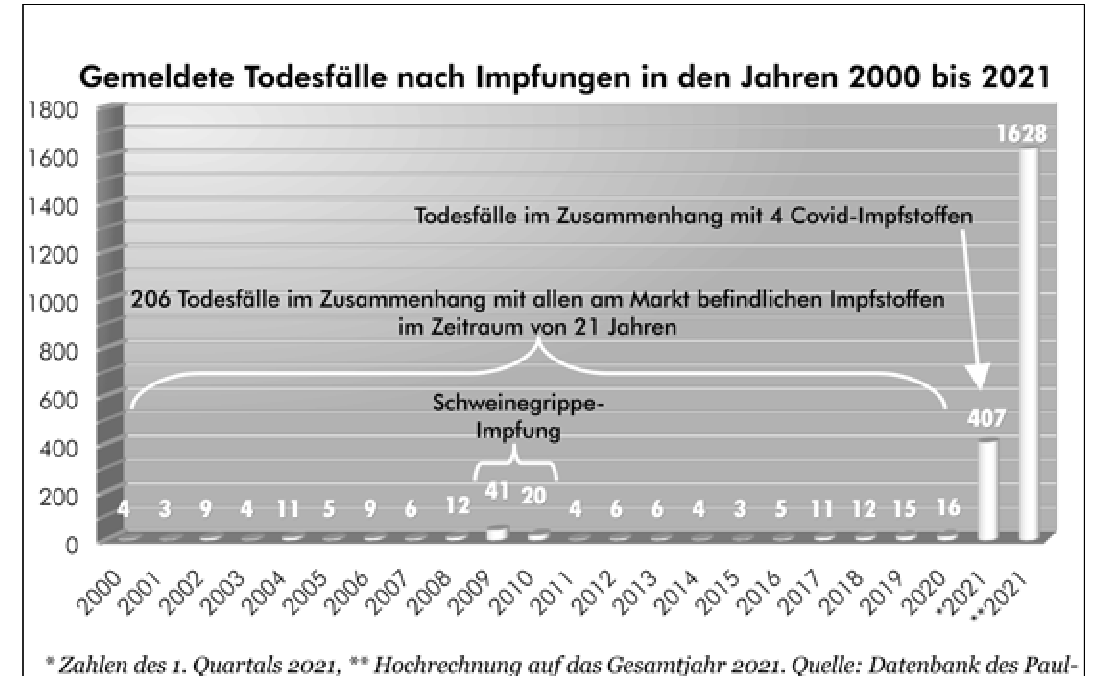


»Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint bei Sodenkamp & Lenz. 216 Seiten, 27,50 Euro. Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung via demokratischerwiderstand.de.

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker

...oder den Demokratischen Widerstand. | Von Markus Fiedler

In Europa wurden bis zum 14. Juni 2021 laut ECDC »Vaccine Tracker« 285.505.321 Impfdosen verabreicht. In *Telegram* haben sich Datenanalysten zusammen gefunden und veröffentlichen regelmäßig unter im Kanal »Corona Datenanalyse« die Metaanalysen der Daten der *Europäischen Arztneimittelagentur* (EMA). Sie haben es geschafft, die einzelnen Fallmeldungen aus der Datenbank zu extrahieren und können diese Datensätze in einem eigenen Tabellenkalkulationsprogramm analysieren.



** Zahlen des 1. Quartals 2021, ** Hochrechnung auf das Gesamtjahr 2021. Quelle: Datenbank des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI). https://pei.de/DE/arztneimittelsicherheit/pharmakovigilanz/uaw-datenbank/uaw-datenbank-node.html#UAWDB*

Aus ihren Daten bekommen wir mit Datenstand vom 4. Juni 2021 neben vielen weiteren wichtigen Einsichten nun die realen Todeszahlen. Diese liegen bei 8.635 Todesfällen im Zusammenhang mit Impfungen. Interessant sind hier aber auch die lebensbedrohlichen Ereignisse nach Impfungen. 10.565 Patienten sind bisher nach der Impfung dem Tod nur knapp entronnen. 10.893 Patienten haben bleibende Folgeschäden nach den Impfungen erlitten.

Insgesamt haben sich seit Impfbeginn 525.829 Fälle an gemeldeten Nebenwirkungen in der EMA-Datenbank angehäuft. Offiziell sind das die sogenannten »Verdachtsfälle«. Davon sind 113.234 schwere Nebenwirkungen und 33.821 Fälle davon mussten nach einer Impfung in eine Klinik aufgenommen werden.

KRANK NACH IMPFUNG

Informanten aus verschiedenen Kliniken schildern uns, dass bei ihnen die Corona-Stationen gefüllt sind. Aber nicht mit an Corona Erkrankten sondern mit Patienten, die wegen einer schweren Impfnebenwirkung eingewiesen werden mussten. Betrachtet man die offiziellen Zahlen nur für Deutschland, so alarmieren die derzeit gemeldeten Todesfälle nach Impfungen trotzdem sie verglichen mit Europa »nur« im dreistelligen Bereich liegen. Denn vergleicht man den Wert mit den Jahren 2000 bis 2020, so liegen die jetzigen Todeszahlen die sich nur auf vier Impfstoffe beziehen um zwei bis drei Zehnerpotenzen höher als die pro Jahr gemeldeten Todesfolgen von allen zugelassenen Impfstoffen zusammen. Siehe dazu das Schaubild (oben).

Prof. Dr. Byram Bridle forscht zu Virologie und Immunologie an der kanadischen *University of Guelph*. Er hat jüngst ein Radiointerview mit explosivem Inhalt gegeben. Laut dem Forscher ist bei gegen Covid-19 geimpften Müttern das Spikeprotein in der Muttermilch aufzufinden und führe dann zu Schädigungen bei Säuglingen im Magen-Darm-Trakt.

Desweiteren sei der mRNA-Impfstoff in den Eierstöcken bei geimpften Tieren feststellbar. Er beruft sich dabei auf ein bis Dato unveröffentlichtes Dokument von BioNtech/Pfizer zu Tierversuchen, welches er von japanischen Behörden mittels Anfrage über das Informationsfreiheitsgesetz ausgehändigt bekam und ins Englische übersetzte. Es trägt den Titel »Sars-Cov-2 mRNA Vaccine (BNT162, PF-07302048) 2.6.4 Overview of Pharmacokinetic Test«.

NACHWEISLICH GENVERÄNDERND

Damit wäre der Nachweis erbracht, dass durch die mRNA-Impfstoffe die Keimzellen von Säugetieren genetisch verändert werden können. Es drängt sich zwangsläufig die Frage auf: Wusste man bei BioNtech/Pfizer aufgrund der Tierversuch-Ergebnisse vorab, dass das Risiko einer genetischen Manipulation in der Keimzellenbahn besteht? Dies würde nämlich erklären, warum menschliche Probanden in der klinischen Testphase von BioNtech/Pfizer angehalten wurden, nach Impfungen vorerst keine Kinder zu zeugen. Prof. Bridle beendete das Interview mit der bangen Frage, ob die Impfungen Frauen unfruchtbar machen würden. Das besagte Dokument und das übersetzte Interview sind bei *alschner-klartext.de* am 31. Mai 2021 als Artikel und Audiodatei veröffentlicht worden.

Wir hatten in der letzten Ausgabe schon aus anderer Quelle erwähnt, dass Fälle bekannt wurden, bei denen schwangere Frauen nach Covid-Impfungen spontan ihr ungeborenes Kind verloren. Andere geimpfte Frauen berichten von einsetzenden Menstruationsbeschwerden. Die Covid-19 Impfungen haben spätestens jetzt das Potential zu einem Pharmaskandal, der weit über den Contergan-Skandal hinausgeht. Prof. Bridle wird inzwischen unter anderem mit übler Nachrede über Denunziationsseiten im Internet politisch bedrängt. Schöne neue Corona-Welt.


Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

MELDUNG

IMPFDRUCK AM ARBEITSPLATZ

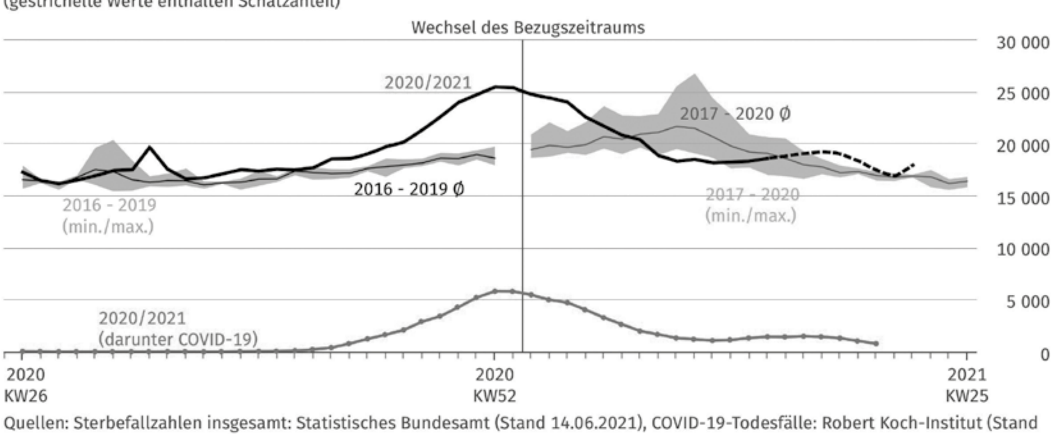
Berlin/DW. Auch laut *Tagesschau* besteht keine gesetzliche Impfpflicht. Arbeitgeber dürfen demnach keinen Druck auf Angestellte ausüben, weder durch Androhung von Versetzung oder gar Abmahnung und Kündigung. Tatsächlich erfahren aber zahlreiche Arbeitnehmer besonders im Gesundheitswesen Diskriminierung, wenn sie nicht geimpft sind. Denn dort heißt es: Nichtgeimpfte dürfen kein Risiko für Patienten darstellen. Somit können sie aus bestimmten Arbeitsbereichen ausgeschlossen werden. Ganz legitim ist auch die Auszahlung von »Impfboni«, zum Beispiel in Form von einmaligen Geldbeträgen, Gutscheinen oder Extraurlaubstagen. Auch die Auskunft über den persönlichen Impfstatus gegenüber dem Arbeiter könne verpflichtend werden, so der Gelsenkirchener Arbeitsrechtsanwalt Arndt Kempgens. (rop)

TOTALISIERUNG DES GESUNDHEITSSYSTEMS

Brüssel/DW. Die Europäische Kommission legte am 16. Juni 2021 eine »Mitteilung über die ersten Lehren aus der Corona-Pandemie vor«. Diese beinhaltet zehn Forderungen. Darunter die nach einer »Führungsrolle der EU, wenn es um die Entwicklung eines soliden *globalen Überwachungssystems* auf der Grundlage vergleichbarer Daten geht.«, außerdem: »Bis Ende des Jahres sollte die EU einen *leitenden Epidemiologen* ernennen und eine entsprechende Governance-Struktur (deutsch: Herrschaftsstruktur, Red.) einrichten.« Und: »Die EU sollte einen Rahmen zum *Ausruf eines Pandemie-Notstands* in der EU und ein Instrumentarium für Krisensituationen schaffen.« Alle Hervorhebungen im Original. (hes)

IOANNIDIS-STUDIE ÜBERSETZT

Stralsund/DW. Die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand hat die Studie des anerkanntesten Epidemiologen der Welt ins Deutsche übersetzt. Der Schluss: Sogenannte *Lockdowns* waren und sind für die Gesundheit nutzlos bis schädlich. Die Übersetzung von DW-Redakteur Samuel Gfrörer ist abrufbar auf *nichtohneuns.de*. (ale)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

GEHEIMDIENSTE UND BUNDESPOLIZEI SPIONIEREN BÜRGER AUS

Berlin/DW. Der Bundestag beschloss am 10. Juni 2021 eine »Anpassung des Verfassungsschutzrechts«. Die neuen Abhörgesetze erlauben deutschen Geheimdiensten, mit Spionagesoftware auf private Computer oder Telefone zuzugreifen. Bisher war der Einsatz so genannter Quellen-Telekommunikationsüberwachung nur dem Bundeskriminalamt erlaubt. Alsbald darf jedoch auch die Bundespolizei sogenannte Staatstrojaner einsetzen, sogar gegen Personen, die noch keine Straftat begangen haben. Argumentiert wird, das neue Gesetz könne die »Aufklärung schwerer Bedrohungen für unseren demokratischen Rechtsstaat« erleichtern. Zahlreiche Firmen und Verbände üben Kritik. (rop)

STEINMEIER WILL ZWEITE AMTSZEIT

Berlin/DW. Laut Medien möchte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) für eine zweite Amtszeit kandidieren. Am 13. Februar 2022, fünf Monate nach der Bundestagswahl im September, wird die Bundesversammlung einen neuen Bundespräsidenten bestimmen. Steinmeier wurde 2017 als Nachfolger von Joachim Gauck zum zwölften Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Steinmeier hatte zuletzt eine nach vielseitigem Bekunden »heuchlerische« Gedenkfeier für die Verstorbenen in der Corona-Pandemie im April ausgerichten lassen. Nun will er »unser Land auf seinem Weg in die Zukunft begleiten – eine Zukunft nach der Pandemie«, so wirbt er und sichert sich die Unterstützung von SPD, Partei Die Linke und FDP. Die Union sei angeblich kritisch gegenüber Steinmeier. (rop)

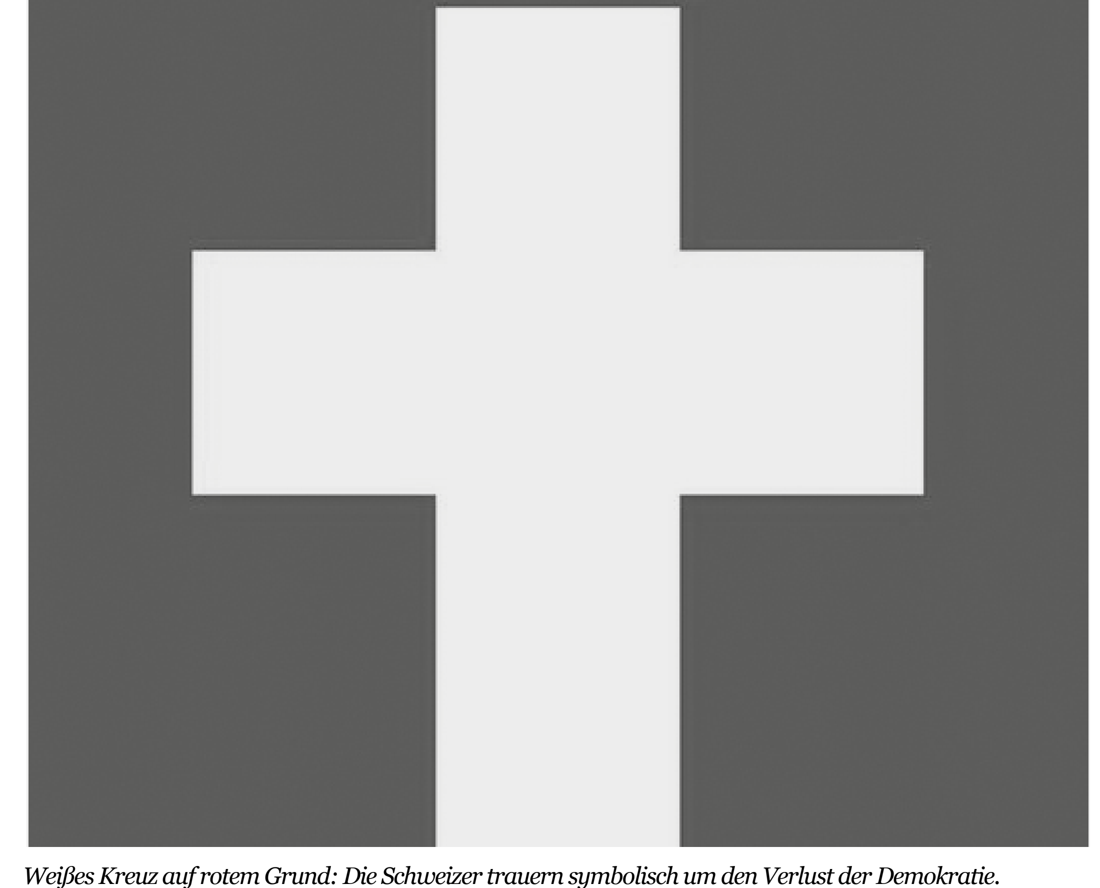
KRIEG GEGEN FREIEN JOURNALISMUS: HACKERANGRIFF AUF KENFM.DE

Berlin/DW. Das Journalistenportal *KenFM.de* wurde am 13. Juni 2021 gehackt und ein entsprechender Text angezeigt. Innerhalb weniger Minuten wurden Veröffentlichungen von *Welt, Spiegel* und anderen Konzernmedien zum Thema veröffentlicht. Nach etwa zwei Stunden war die Seite wiederhergestellt. Der Quasimonopolist *Google* strich zeitgleich in seiner Suchmaschine die Seite *KenFM.de* aus allen Suchergebnissen (siehe Seite 1 dieser DW-Ausgabe). Schlussfogerung: Es wird auf mehreren Ebenen Krieg gegen jede unabhängige Presse geführt. Die Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) versucht derweil, die Journalisten mit Vorwürfen über angeblich nicht eingehaltene Sorgfaltspflicht abzuschalten. Zusätzlich beobachtet der Inlandsgeheimdienst »Verfassungsschutz« das Medienportal. Zensur darf nach selbstverständlich niemals stattfinden (Quelle: Grundgesetz, siehe Seite 16, Artikel 5). (mfi/ale)

40 PROZENT SCHWEIZ

Bericht und Kommentar zur Corona-Volksabstimmung von Dr. Yana Milev

Das »Covid-Gesetz« wurde von einer Stimmmehrheit in der Schweiz angenommen. Was wie ein Fiasko der Basisdemokratie aussieht, ist es in Wahrheit auch. Nämlich das Ende der geschlossenen Eidgenossenschaft.



Weißes Kreuz auf rotem Grund: Die Schweizer trauern symbolisch um den Verlust der Demokratie.

Am 13. Juni 2021 fand der lang erwartete Volksentscheid in der Schweiz über fünf Gesetze statt, die Abstimmung über das sogenannte CO2-Gesetz, die Trinkwasser-Initiative, die Pestizid-Initiative, das Anti-Terror-Gesetz und das Covid-Gesetz. Das Covid-Gesetz wurde mit 60,2% und das Anti-Terror-Gesetz mit 56,6% angenommen. Das CO2-Gesetz wurde mit 51,5% und die zwei Landwirtschaftsinitiativen mit einem deutlichen Doppel-Nein abgelehnt.

Gerade die Abstimmung über das Covid-Gesetz wurde vor allem im Ausland mit großer Erwartung und Hoffnung beobachtet. Denn wird das Schweizer Stimmvolk erst einmal dieses Gesetz, was dem globalen Impfbusiness zuarbeitet, ablehnen, wäre das ein Durchbruch für den Sieg der Menschenrechte und Grundrechte in jedem europäischen Land. Da die Schweiz der einzige basisdemokratisch organisierte Staat in Europa ist, waren die Hoffnungen der Demokratieverteidiger auf die Beilegung des Covid-Gesetzes in den umliegenden Ländern berechtigt. Aber es kam anders. Was ist passiert? Welchen Wert hat noch die Demokratie der Stimmbürger in der Schweiz? Welche Konsequenzen hat dieses Ergebnis für den (Basis-)Demokratischen Widerstand in der Schweiz?

DAS COVID-19-GESETZ UND DER WIDERSTAND DER FREUNDE DER VERFASSUNG

Im März 2020 verhängte der Bundesrat, gestützt auf das Epidemiegesetz der Verfassung, in der Schweiz das Notrecht. Damit war der Bundesrat zu Sofortmaßnahmen berufen. Diese Regelungen per Notrecht waren auf sechs Monate befristet. Damit die Notrechtsmaßnahmen nach der Frist parlamentarisch ordnungsgemäß weitergeführt werden konnte, einigte sich das Parlament auf das so genannte Covid-19-Gesetz, das ab September 2020 in Kraft trat.

Mit diesem Gesetz sollen sowohl rückwirkend wie auch weiterführend alle Notrechtsmaßnahmen des Bundesrats und des Parlaments legitimiert werden. Das Covid-19-Gesetz, das am 13. Juni 2021 zur Abstimmung gelangte, wurde mit zwei Forderungen auf den Weg gebracht: Eine umfassende Entschädigung kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) und dem Covid-Zertifikat, das die Bevölkerung in Geimpfte, Genesene und Getestete aufteilt. Dieses Zertifikat soll als sogenannte Covid-App das öffentliche Leben regulieren.

Früh kritisierte die Bürgerinitiative *Freunde der Verfassung* das Covid-19-Gesetz scharf (DW berichtete). Mit der Unterstützung der Demokratie- und Freiheitsbewegung »Mass voll« (DW-Titel 47) wurde ein Referendum über das Gesetz erzwungen. Ein Volksentscheid, über das Gesetz, mit dem die Schweizer Regierung seit März 2020 das öffentliche Leben einschränkt und über Impfregelungen entscheidet – die Mitsprache der Stimmbürger ist endlich gefordert!

Innerhalb von 100 Tagen kann die Initiative über 90.000 Unterschriften unter stark erschwerten Bedingungen sammeln. Nur 50.000 sind für den Entscheid über ein Referendum nötig.



Initiativen wie mass-voll.ch und die Freunde der Verfassung geben nicht auf, Zürich, 13.Juni. Bild: Privat

Schweizweit entbrennt ein Widerstand gegen die Bevormundung durch Bundesrat und Parlament wie auch gegen Verfassungseingriffe in Artikel 10, der das Recht auf die Unversehrtheit des Körpers festlegt.

Widerstandgruppen wie Friedvolles Einstehen für unsere Grundrechte und Demokratie, Stiller Protest, Für die Freiheit und körperliche Unversehrtheit (Stopp Impfpflicht) oder Gruppen der Bauern und Eidgenössischen Scheller und Trychler machen mobil – Scheller und Trychler? Das Schweizer Brauchtum, große Kuhglocken zu schwingen, zu trommeln und in Hörner zu blasen. Tausende Schweizer stehen in diesem Jahr auf und demonstrieren gegen die Eingriffe in die Grundrechte durch das Covid-19-Gesetz, gegen die Allianz von Staat und Konzernen, für die Freiheit der (Basis-)Demokratie. Die größte Demokratiebewegung seit der Gründungsgeschichte der Schweiz im 13. Jahrhundert!

Und nun dieses Ergebnis – doch zumindest konnten die Bauern das CO2-Gesetz und die zwei Agrarinitiativen abwenden. Das Covid-19-Gesetz wurde trotz des einmaligen schweizweiten Widerstands mit einer Stimmehrheit von 60,2 Prozent am 13. Juni angenommen wie auch das sogenannte Anti-Terror-Gesetz. Die Ergebnisse vom 13. Juni über die fünf Gesetze sind kein Resultat vom Parteien-Initiativen. Alle großen politischen Parteien, auch die SVP, haben Stimmfreigabe beschlossen.

WER HAT GEWÄHLT? HAT DIE INSZENIERUNG DER KONZERN-PANDEMIE GESIEGT?

Im März 2020 hat der Bundesrat den Notstand ausgerufen und Notrechtsmaßnahmen eingeführt. Zur Inszenierung der Pandemie auf gesamtgesellschaftlicher Ebene gehörte die sofortige Einführung der Maskenpflicht, von *Lockdowns*, Tests, Quarantäne und Isolation, ein Intensivbetten-Hype und die Unterteilung der Bevölkerung in Risikogruppen. Nach

sechs Monaten wurde das Notstandsgesetz von dem Covid-19-Gesetz abgelöst, das nun auch rückwirkend gilt und alle Maßnahmen ab März 2020 legitimiert. Ab Januar 2021 wird in der Schweiz geimpft. Die Schweiz rühmt sich, »das erste Land weltweit« zu sein, »das einen Corona-Impfstoff im ordentlichen Verfahren zulässt«.

WEITERES REFERENDUM ANGEKÜNDIGT

Also nicht China war es, auch nicht die USA, sondern die Schweiz! Auf der Impfliste ganz oben stehen die sogenannten Risiko- und Hochrisikogruppen, also ältere Menschen mit Vorerkrankungen, ältere Menschen (ab über 65 und höher) und das Gesundheits- und Betreuungspersonal mit Patientenkontakt. Bei einer erwachsenen Bevölkerung von 7,1 Millionen zählt der Impfmonitor 4,23 Millionen besonders gefährdete und gefährdete Personen. Eine Herdenimmunität ist das Ziel der Konzern-Pandemie, die erst erreicht ist, wenn 70 Prozent der Schweizer Gesamtbevölkerung durchgeimpft ist, das entspricht 6 Millionen Geimpften. Bei der aktuellen Impfgeschwindigkeit wird eine Herdenimmunität im Herbst 2021 offiziell erwartet.

Bis zur Abstimmung über das »Covid-19-Gesetz« am 13. Juni waren bereits 2,23 Millionen vollständig geimpft (25,7 Prozent) und 1,4 Millionen einfach geimpft (15,8 Prozent). Zusammen sind das 3,6 Millionen geimpfte Menschen und mit 41,5 Prozent, etwas mehr als die Hälfte der erwachsenen Schweizer Bevölkerung. Es ist davon auszugehen, dass diese 3,6 Millionen einfach und doppelt Geimpften aus der erwachsenen Bevölkerung das Covid-19-Gesetz angenommen haben.

Hinzu kommen weiter 18,7 Prozent Sympathisanten die das Gesetz begrüßen. Nach dieser Rechnung des Impfmonitors bleiben 3,5 Millionen Nichtgeimpfte – etwas weniger als die Hälfte der erwachsenen Schweizer Bevölkerung. Das entspricht in etwa dem Bevölkerungsanteil, der sich im Widerstand gegen das Covid-19-Gesetz befindet. Deutlich sichtbar ist ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Geimpften und Sympathisanten und Nichtgeimpften, den die Geimpften und Sympathisanten zurzeit mit einem Vorsprung von etwa 20 Prozent gewonnen zu haben. »Die Zustimmung zum Gesetz erlaubt uns, weiterzufahren mit dem Covid-Zertifikat. Und wir können weiterhin die Kosten für Tests übernehmen«, sagte Gesundheitsminister Alain Berset. Also grünes Licht für die Konzern-Pandemie und Anschlussfähigkeit an Europa.

IST DIE SCHWEIZER BASISDEMOKRATIE AM ENDE? ES IST NICHT ALLER TAGE ABEND!

Das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Geimpften und Nichtgeimpften steht pari. Die Schweizer Demokratiebewegung begehrt auf. Sie akzeptiert das Ergebnis aus dem Referendum vom 13. Juni nicht. Die Einführung des »Covid-Zertifikats« soll ab 7. Juli 2021 erfolgen. Sie wird in Papierform und als digitale Applikation angeboten. Damit wird eine Zwei-Klassen-Gesellschaft zwischen Registrierten der Konzern-Pandemie (Geimpfte, Genesene und Getestete) und Nichtregistrierten der Konzernpandemie zementiert. Es handelt sich in beiden Gruppen um jeweils die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung.

Die Junge Schweizerische Volkspartei (JSVP) kündigte an, das Referendum erneut zu ergreifen, da die Bevölkerung durch das Covid-Zertifikat in eine Zweiklassengesellschaft zerfällt. Auch die Freunde der Verfassung, die das Gesetz per Referendum an die Urne gebracht hatten, wollten zur »Wiederherstellung der Volkssouveränität« weiter gegen das Covid-19-Gesetz kämpfen mit der Begründung, dass die Bevölkerung nicht aufgeklärt wurde über die Folgen des Covid-19-Gesetzes, die Einschränkung der Grundrechte und die Folgen der Zweiklassengesellschaft. Mit dem bewilligten Anti-Terrorgesetz steht der (Basis-)Demokratische Widerstand unter Verdacht und ist der staatlichen Willkür ausgesetzt.

Die Referendumsfrist läuft bis zum 8. Juli!

Siehe auch covidgesetz-nein.ch, verfassungsfreunde.ch, mass-voll.ch.



PD Dr. Yana Milev ist Soziologin, und Leiterin des Forschungsprojekts »Entkoppelte Gesellschaft. Ostdeutschland seit 1989/90«.

Sachsen-Anhalt-Wahl wird angefochten

BERICHT *von Markus Fiedler und Anselm Lenz*

Nicht Wenige zweifeln die Rechtmäßigkeit von Wahlen seit Ausrufung der Corona-Schreckensherrschaft im März 2020 an. Im deutschen Föderalstaat Sachsen-Anhalt (SA) lautet das vorläufige Endergebnis auf einen Wahlsieg der Partei des amtierenden SA-Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin: CDU. Der jeweils kleine Koalitionspartner SPD blickt unterdessen seinem Ende entgegen.

Die noch fast völlig unbekannte neue Partei Die Basis schafft bereits 1,5 Prozent. Die Chronistenpflicht gebietet es, auch in undemokratischen Staaten und solchen, in denen Menschen- und Verfassungsrecht systematisch gebrochen werden, von größeren Wahlen zu berichten. Im deutschen Bundesland Sachsen-Anhalt wurde die sogenannte Kenia-Koalition bestätigt. Von den rund 1,8 Millionen Wahlberechtigten gaben laut amtlicher Angaben rund eine Million einen Wahlzettel ab. Dabei soll laut Bekanntmachung nach dem Wahltag 6. Juni 2021 folgendes Verhältnis der Parteien in Prozentzahlen ergeben haben: CDU 37,1, AfD 20,8, Partei Die Linke 11, SPD 8,4, FDP 6,4, Bündnisgrüne 5,9, Freie Wähler 3,1, Die Basis 1,5, Tierschutz 1,4.

Die Ministerpräsidentenschaft Reiner Haseloffs wird mit dem Bündnispartner SPD fortgesetzt werden. Der Juniorpartner befindet sich im Bund wie in den Ländern im freien Fall auf die Fünf-Prozent-Hürde zu, die das Ausschlusskriterium aus den jeweiligen Parlamenten markieren – neben der Möglichkeit des Parteienverbotes. Die CDU-Abspaltung »Alternative für Deutschland« stabilisiert sich auf sehr hohem Niveau. Die Partei Die Linke, die fast jede Corona-Kritik missen ließ und im Bund zu einer weiteren De-Facto-Regierungspartei mutierte, verlor am stärksten. Die FDP dagegen zog wieder in den Landtag ein, wie sie legte die neue Partei Die Basis aus dem Stand auf 1,5 Prozent zu (entspricht rund 15.000 Stimmen).

Im Effekt wird die sogenannte Kenia-Koalition (wegen der Parteifarben) aus CDU, SPD und Grünen nun das Corona-Regime unter Ministerpräsident Haseloff weiter betrieben, ohne dass Ministerpöstchen noch mit den Grünen geteilt werden müssten; CDU-SPD bekommt 49 von 97 Sitzen im neuen Landtag. Damit bekommen diese Koalitionäre eine eigene Mehrheit.

360.000 WÄHLER VOR SCHLIESSUNG DER WAHLLOKALE?

Es gibt indes Zweifel an der Richtigkeit der Stimmzahlen. Die Partei Die Basis erhebt Einspruch gegen die Wahlauswertung. Es gebe laut Presseerklärung der Partei gravierende Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung. Die *Epoch Times* berichtet ebenfalls und kommentierte: »Die Wahllokale wurden um 18:00 Uhr wie üblich geschlossen. Gegen 16:00 Uhr lag die Wahlbeteiligung nach übereinstimmenden Medienberichten noch bei vierzig Prozent. Gegen 18:00 Uhr sollen es schon über sechzig Prozent gewesen sein, etwas weniger als die Wahlbeteiligung 2016. Zwanzig Prozent der Wahlberechtigten sind 360.000 Menschen. Die haben in den letzten zwei Stunden vor Schließung der Wahllokale noch schnell gewählt? Schwer vorstellbar –angesichts der komplizierten Zugänge zu den Wahllokalen während der Pandemie. Es hätte zwischen 16:00 und 18:00 Uhr Menschenschlangen vor den Wahllokalen geben müssen, von denen aber nicht berichtet wurde.«



ZUR DEMONSTRATION »ES REICHT« IN BERLIN

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

In den letzten Wochen gab es viele Diskussionen bezüglich der »Demo« am 19. Juni. Es soll keine Demo sein, sondern nur eine Einladung, so Georg, mit dem ich gesprochen habe. Er hat die Einladung ausgesprochen und diesbezüglich eine Webseite und einen *Telegram*-Kanal eingerichtet. Es herrscht Verwirrung. Die einen distanzieren sich, weil sie nicht gefragt wurden, aber angeblich zugesagt haben sollen. Andere verstehen das Ganze nicht, sprechen von Spaltung und unberechtigter Kritik an dem Konzept. Wie soll man sich hier (grundsätzlich) positionieren?

Zunächst einmal dürfte so eine Einladung ohne Anzeige bei der Versammlungsbehörde juristisch für den Veranstalter oder Leiter, je nach Bundesland eine Straftat oder, wie hier in Berlin, eine Ordnungswidrigkeit darstellen. Natürlich kann man argumentieren, dass das Widerstandsrecht des Art. 20 Abs. 4 GG greift und man sich deshalb nicht an die Anzeigepflicht einer Demonstration halten müsse, doch ist das sinnvoll? Sinn und Zweck der Anzeige von Demonstrationen ist, dass sich die Behörden darauf einstellen und etwaige Gefahren beseitigen können. Beispielsweise das gewaltsame Zusammentreffen von Demonstranten und Gegendemonstranten. Seit Beginn der Covid-19-Krise wurden durch den Staat hunderte maßnahmenkritische Demos mit fadenscheinigen Begründungen verboten, was nun einige als Anlass nehmen, nicht mehr anzuzeigen. Das hätte man 1989 in der DDR auch nicht gemacht. Letzteres stimmt, allerdings war die historische Situation eine völlig andere: DDR und UdSSR waren bankrott, die friedliche Revolution wurde von beiden Seiten, Ost und West, geduldet und die meisten gesellschaftlichen Gruppen partizipierten. Der Vergleich hinkt also beträchtlich.

NICHTANZEIGEN VON DEMOS DIE FALSCHE TAKTIK?

Eine Demonstration nicht anzuzeigen, birgt das Risiko, dass man den Demonstranten vorwerfen kann, man halte sich nicht an Regeln, obwohl man es ja könnte. Man begehe selbst Rechtsbruch, den man bei der anderen Seite bemängelt. Auch wird Eskalationspotenzial erhöht und Friedlichkeit muss die oberste Devise bleiben! Macht einen Nichtanzeige also Sinn? Der Staat liest sowieso mit, keine Info bleibt im Netz anonym. Natürlich habe ich volles Verständnis dafür, dass sich die Menschen nach Demonstrationsverboten zum Spazieren versammeln, allerdings kann ich keinen juristischen oder taktischen Vorteil darin sehen, Demos gar nicht erst anzuzeigen.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via nichtohneuns.de!*

Sieg für Louise

Englische Bewegung besucht am 1. August 2021 Berlin
Von Anselm Lenz

London/DW. Der englischen Demokratiebewegung »Save Our Rights UK« mit der Gründerin Louise Creffield gelingen in Europa derzeit die erfolgreichsten Demonstrationen. Creffield spricht am 1. August zusammen mit *nichtohneuns.de* in Berlin.

Wochenende für Wochenende ziehen Hunderttausende durch London. Mittlerweile hat die Polizei den Widerstand nahezu aufgegeben. Zunächst schauten im Jahr 2020 deutsche Demokraten noch erschreckt nach England und die dortigen brutalen Übergriffe durch Staatstruppen. 2021 hat sich der englische Freiheitssinn Bahn gebrochen. Premierminister Johnson versucht, vor dem Auge der Geschichte seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen, während in Berlin Merkel und Bürgermeister Müller zuletzt auf den Pfingst-Demonstrationen wieder schrecklichste Angriffe auf friedliche Demonstranten befahlen.

Die Gründerin der englischen Demokratiebewegung Creffield bestätigt dieser Zeitung: »Auch am Samstag den 12. Juni zogen wieder Hunderttausende Demonstranten durch die ganze Stadt« Bisher versuchten die Mainstream-Medien den völligen »Black Out«, das totale Leugnen der größten Demos der britischen Geschichte – die *BBC* sparte jede Berichterstattung aus. »Diesmal mussten sie berichten, denn wir gingen mit Zehntausenden überraschend in eine Shopping Mall in Shepherds Bush!«

EINE GROSSDEMO NACH DER ANDEREN

Auch viele Geimpfte, Impfgeschädigte sowie Migranten aus den Außenbezirken reihten sich dem Demonstrationszug ein. Für die Großdemos um den 26. Juni erwartet Creffield »weit über eine Million Demonstranten in London«. Louise Creffield wird gemeinsam mit *nichtohneuns.de* am 01. August in Berlin auftreten.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de — Sendet uns die Termine Eurer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum / Zeit	Ort	Titel
19.06.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Parkplatz Am Sportplatz / Bernauer Str	Schilderaktion Freiheitsallee
19.06.2021 10:30-13 Uhr	Stralsund, P+R Schwarze Kuppe - Werftstraße / Sackgasse	Autokorso - Stralsund steht auf
19.06.2021 13-15 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Blume-Brunnen (Lange Str. 2)	Kundgebung WIR müssen reden - Demokratie, Freiheit, soziale Sicherheit
19.06.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
19.06.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese (aktuelle Infos auf Telegram)	Autokorso
19.06.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Parkplatz Hochschule, Ritter-Brüning-Str.	Autokorso für Grundrechte - !Neuer Ort!
19.06.2021 13-16 Uhr	Stralsund, Hansawiese	Kinderdemo - Stralsund steht auf
19.06.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
19.06.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
19.06.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden, Freiheit, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung
19.06.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Kundgebung und Aufzug
19.06.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden & Naturrechte
19.06.2021 16-18 Uhr	Bad Aibling, Ausstellungshalle - Kolbermoorer Str. 5	Infotag für Freiheit und Selbstverantwortung - Kinder in der Pandemie
19.06.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
19.06.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Marienplatz	UlliOma & Friends
19.06.2021 14-19 Uhr	Hannover, Waterlooplatz	Für Freiheit, Wiederherstellung der Grundrechte & Selbstbestimmung
19.06.2021 18-19:30 Uhr (jeden Sa)	Reutlingen, Marktplatz	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Wahrheit und Demokratie
19.06.2021 16-20 Uhr	Stralsund, Hansawiese	Kundgebung - Stralsund steht auf
19.06.2021 13:30-20:30 Uhr	Stralsund, Langenstraße / Höhe Neuer Mark	Demo-Umzug - Stralsund steht auf
19.06.2021 10-22 Uhr (täglich)	Berlin, Bundeskanzleramt	Mahnwache am Kanzleramt
19.06.2021 12-23:59 Uhr	Kassel, Friedrichsplatz	Mittsommer in Kassel - "Bewahren - Versöhnen - Schöpfen"
20.06.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
20.06.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
20.06.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Mahnwache für Grundrechte
20.06.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Cottbus, Viehmarkt	Autokorso für Grundrechte
20.06.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden So)	Olching, Volksfestplatz (Toni-März-Str. 1)	Kundgebung für Grundrechte
21.06.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
21.06.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
21.06.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
21.06.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
21.06.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßstr./Schloßplatz/Gerichtsstr.	Demokratieflashmob
21.06.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Osnabrück, Rathaus	Montagsdemo
21.06.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Witzlebenplatz - 52.51015 N, 13.29145 E	Abendläuten
21.06.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Balingen, Parkplatz Sparkassen-Arena B27/B463	Autokorso für Grundrechte
21.06.2021 19-20 Uhr (jeden Mo)	Hainichen, Marktplatz	Mut-Mach-Kundgebung
21.06.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	München, Marienplatz	Magic Monday MediTANZion
21.06.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustauch & Spaziergang
21.06.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Konstanzer Münster (Münsterpl. 1)	Montagsspaziergang
21.06.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
21.06.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Neubrandenburg, Marktplatz	Montagsspaziergang
21.06.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
21.06.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Rathaus - Fischmarkt 1	Spaziergang für Grundrechte
22.06.2021 11-13 Uhr (jeden Di)	Günzburg, Wätteplatz	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
22.06.2021 18:30-19:30 Uhr (jeden Di)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Mahnwache
22.06.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg im Breisgau, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
22.06.2021 18-21 Uhr (jeden Di)	Dortmund, Parkplatz E2 Reymdamm	Autokorso für Grundrechte
23.06.2021 13-16 Uhr (jeden Mi)	Berlin, Potsdamer Pl. Ecke Ebertstr.	Mahnwache "Im Namen der Kunst"
23.06.2021 18-20 Uhr (jeden Mi)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
23.06.2021 19-20 Uhr (jeden Mi)	Königsbrunn, Marktplatz am Rathaus	Kundgebung für Grundrechte
23.06.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawa-Platz - Schönfeldstr. 19	Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
24.06.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
24.06.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
24.06.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
24.06.2021 18:30-20 Uhr (jeden Do)	Hanau, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
24.06.2021 18-21 Uhr (jeden Do)	Hagen, Am Sportpark 34	Autokorso für Grundrechte
25.06.2021 16:30-18 Uhr (jeden Fr)	Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd	Fahrrad- u. Autokorso für Grundrechte
25.06.2021 15:30-18:15 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für Frieden & Dialog
25.06.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
25.06.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Karlsplatz (oder: siehe online)	Open Mic - Demokratie leben
25.06.2021 17:30-19:30 Uhr (jeden Fr)	Berlin, Ort siehe Online	Autokorso Berlin Ost
26.06.2021 14-17 Uhr	Schwäbisch Gmünd, Schießtal	Kundgebung u. Demozug zum Schutz der Kinder
26.06.2021 18-20 Uhr	Bad Endorf, Kirchplatz	Die Basis - Kreisverband Rosenheim stellt sich vor
26.06.2021 19-21 Uhr (jeden 2. Sa)	Rheinstetten, Rappenwörthstr. 49	Abendspaziergang
26.06.2021 13-23:59 Uhr	Wien, Maria-Theresien-Platz	Demo - Wehret den Anfängen!
27.06.2021 14-16 Uhr	Bischofferode, Hauptstrasse – Unterhalb Kirche	Schweigemarsch
27.06.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
28.06.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
02.07.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Balingen, Marktplatz / Stadtkirche	Frühlingserwachen für Freiheit u. Demokratie
02.07.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Weißenhorn, Rathausplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
03.07.2021 14-15:30 Uhr (1. So im Monat)	München, Professor-Huber-Platz (gegenüber Uni)	Mahnwache zum 50. Geburtstag von Julian Assange
03.07.2021 15-18 Uhr	Gelnhausen, Müllerwiese	Versammlung - Selbstbestimmt in eine neue Zukunft
03.07.2021 13-20 Uhr	Bochum, Kirmesplatz Gersteinring 52	Großdemo - Grundrechte total
26.07.2021 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Podiumsdiskussion - 4. Gewalt. Wie unabhängig ist Journalismus wirklich?
01.08.2021 11:30-20:30 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo - Das Jahr der Freiheit und des Friedens
29.08.2021 12-23:59 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

Kommunale Selbstverwaltung

Gemeinde Zwönitz befreit sich. Ein Interview mit Ingo Reimann.

DW: Herr Reimann, Sie organisieren in Zwönitz eine Gemeindeversammlung. Warum?
Ingo Reimann: Wir und ich mussten als DDR-Bürger nach der Wende das Leben neu beginnen. Dabei haben wir unsere Erfahrungen mit dem neuen System gemacht. Wobei ich mich durch Behörden gezwungen sah, mich mit Gesetzen zu beschäftigen. So habe ich mich in den letzten zwanzig Jahren sehr tief in die bundesdeutschen Gesetze eingelesen und damit vielen Leuten bei Behördengängen und vor Gerichten geholfen. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass man sehr schnell in die Reichsbürgerecke gedrängt wird, wenn man mit konkreten Gesetzestexten gegen Behördenforderungen argumentiert.

Wie sind Sie nun mit der Corona-Situation umgegangen?
Zwönitz ist eine Kleinstadt im Erzgebirge mit ungefähr 12.500 Einwohnern, ganz ansehnlich und soweit in Ordnung. Aber man muss sagen, dass die Stadt gerade stirbt wegen der Corona-Maßnahmen und der Geschäftsschließungen. Niemand weiß, welches Geschäft überhaupt noch überlebt. Und das wollen wir als Bürger nicht. Deswegen haben wir uns auf die Fahne geschrieben, das anders machen zu wollen. Dabei haben wir die Sondersituation, dass wir am 15.12.2015 in einer Bürgerversammlung eine Gemeindeversammlung ins Leben gerufen haben.

Was ist eine Gemeindeversammlung?
Diese Gemeindeversammlung gibt es auf der Basis des Artikels 28 Absatz 1 des Grundgesetzes: »In Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten.« Wir haben das damals nicht gemacht, um die Stadträte abzuwählen, sondern um dem Bürgermeister und den Gemeinderäten den Rücken zu stärken. Wir haben 2015 diese Abstimmung bei einer Einwohnerversammlung gemacht, die vom Bürgermeister einberufen worden war und zu der alle Bürger der Stadt Zwönitz eingeladen waren. Dort stimmte eine Mehrheit gegen Auffangsstationen und für die Schaffung einer Gemeindeversammlung. Das gelang und hat gezeigt, dass die Stimme des Volkes Gewicht hat. Seit dieser Abstimmung haben wir auch die Gemeindeversammlung, die seitdem jedoch ruhte, weil wir kein größeres Thema hatten.

Das ist Vergangenheit, nun kam Corona. Was taten Sie?
Vor anderthalb Jahren haben sich die Menschen wieder auf dem Markt getroffen und sich dort regelmäßig am Montagabend ausgetauscht. Wobei auch wieder das Thema der Gemeindeversammlung angesprochen wurde und wir kamen zu dem Schluss, dass wir als Gemeindeversammlung dieses Corona-Schauspiel beenden wollen. Wir haben uns damit an den Bürgermeister gewandt. Der sagte aber daraufhin, er müsse das machen, was von oben gesagt wird und hat sich damit disqualifiziert.

Was ist ihr Ziel mit der Gemeindeversammlung?
Die Gemeindeversammlung ist da und solange die Bürger von Zwönitz nicht in einer Versammlung beschließen, dass es die nicht mehr geben soll, ist sie dauerhaft. Es geht vorrangig darum, dass wir die Vorgaben aus dem Grundgesetz Artikel 28 Absatz 2 und 3 umsetzen. Nämlich die kommunale Selbstverwaltung. Dort heißt es: »Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.« Auch in der sächsischen Gemeindeordnung ist in Paragraph 1 Absatz 2 ist diese Selbstverwaltung vorgegeben.

Sie wollen also auch mit Corona in kommunaler Selbstverwaltung umgehen können?
Wir nutzen als Gemeindeversammlung das, was im Grundgesetz da ist, aber über Jahre überhaupt nicht gelebt wurde. Es fängt damit an, dass wir als Gemeinde darüber bestimmen können müssten, welche Steuern wir haben wollen und wofür diese ausgegeben werden. Beispielsweise nicht für Masken oder PCR-Tests. Denn es ist so: Öffentliches Recht ist für das Gemeinwohl da. Es kann nicht sein, dass unser Steuergeld in Berlin benutzt wird, um Gewinne zu maximieren oder Kriegsgerät zu verschiffen. Hier kann ich als Gemeinde von unten hinauf steuern. Erstmal geht das Geld in die Gemeindekasse und davon gehen ein paar Prozente noch oben, um die Struktur oberhalb der Gemeinde aufrecht zu erhalten. Und so kann ich die Gemeinde leben, das kann jede Gemeinde so machen. Kein Chaos: Wir sorgen nur dafür, dass das Geld dort bleibt, wo es erwirtschaftet wurde.


Wappen der Gemeinde Zwönitz. Bild: Commmons

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.

Demokratischer Widerstand im Sommer

Der rasende Reporter Clark Kent zitiert vom DW-Gipfel auf Rügen

»Die Zeitung zu machen war eine richtige Entscheidung, da das ganze zensursicher ist und auch nachträglich nicht mehr aus der Welt zu kriegen ist«, sagt Anselm Lenz im Garten des DW-Gipfel-Camps. »Mit diesem Erfolg und nach den vielen Ereignissen und Kilometern, brauchen wir einen Urlaub.« So ähnlich haben sich das wohl die Chefredakteure gedacht, als sie die gesamte Crew auf Rügen eingeladen haben.

Dort dürfen wir das sonnige Wetter genießen, während wir gleichzeitig an der neuen Ausgabe arbeiten. Daniel Ré dazu: »Die Leute wissen, warum sie da sind. Alle sind zielstrebig.« Markus Fiedler guckt hinter seinem Computer hervor: »Das Treffen schön ist, weil wir alle an einem Strang ziehen«. Alexandra Motschmann ergänzt: »Du kannst hier deine Meinung austauschen, ohne dass man sich gegenseitig angeht.« Ute Feuerstacke hat in diesem Moment »auch einfach mal keine Lust auf Demos zu gehen«, sondern konzentriert sich lieber auf den Arbeitsprozess. Der Fotograf Steve Schramm, will sich auch auf seinen persönliche Stärken und Interessen widmen und erklärt sich zum »Zungenkuss-Experte« der Runde. »Die Leute hier sind sehr authentisch und haben Ahnung, was sie reden. Sie halten sich nicht mit weltfremden Diskursen ab, es findet ein echter Austausch statt.« sagt Nicolas Riedel unterstützend zu Steve und zur Zeitung.

Markus Fiedler kommt zum Thema zurück: »Das Corona-Regime wird seit Jahrzehnten vorbereitet und wir werden das Ende vielleicht nicht mehr erleben. Du kannst relativ schnell die 20 Prozent überzeugen, aber die restlichen 80 Prozent bekommst Du erstmal nicht.« Hannes Henkelmann widerspricht, er »empfindet den Widerstand gerade als hin und her gerissen: Zwischen Euphorie und Bangen. Aber mit so vielen kreativen Menschen, werden wir es wuppen!« Burak Erbasi dazu: »Wir wollen uns nicht mehr fremdbestimmen lassen, sondern frei sein und uns selbst organisieren.« Steve Schramm spitzt seine Lippen: »Es ist ein Marathon und kein Sprint«. Hendrik Sodenkamp richtet sich derweil aus seiner Gartenliege auf: »Regierungen und Medienbetriebe sind perverse Schweine, deshalb haben wir jetzt ist die größte Demokratiebewegung aller Zeiten. Wir werden siegen! Ist doch klar.« Ein anderer möchte Brücken zu den Zeugen Coronas bauen: »Wir müssen sie auffangen, wenn die Lüge auffliegt.« So bummelt ein arbeitsreicher und doch auch erholsamer Nachmittag dahin. Wie sagt Superman immer so schön:

»Frieden schaffen wir nur, wenn wir zusammenhalten. Also lasst uns zusammenhalten und Frieden schaffen – und lasst es uns in Liebe machen!«



»Diese Flamme lodert von allein«

sowie über »das Heimweh nach der unbefangenen Menschlichkeit«. | Von Hannes Henkelmann

Als ich Michaela Kaufmann das erste Mal sah, wollte ich sie fotografieren. Bei unserem zweiten Aufeinandertreffen kamen wir länger ins Gespräch und ich wollte sie unbedingt interviewen. Zum Glück konnte ich sie in beiden Fällen gewinnen.

Stellen Sie sich doch bitte kurz vor!

Mein Name ist Michaela Kaufmann. Ich bin Jahrgang 1970, lebe am Bodensee und habe zwei wunderbare Töchter im Alter von 19 und 21 Jahren. Seit 16 Jahren praktiziere ich Yoga, außerdem arbeite ich in einem kleinen Museum.

Wie kommen Sie mit den Corona-Maßnahmen zurecht?

Kurz gefasst, könnte man sagen: Die Corona-Maßnahmen kommen mit mir nicht besonders gut zurecht. Dabei möchte ich gar nicht verhehlen, dass in mir selbstverständlich die grundlegende Bereitschaft besteht, in echten Notlagen mich entsprechend – selbstbestimmt vernünftig – zu verhalten. Im aktuellen Kontext stellen die Maßnahmen für mich jedoch einen fortwährenden Alptraum dar.

Weshalb?

Letztes Jahr, als Olaf Scholz, ich glaube, es war Anfang April, in den Nebel vorgeblichen Nichtwissens hinein von der Neuen Normalität sprach, ist mir das Blut in den Adern gefroren. Dies war eine bewusste Setzung, die gezielt sehr weit nach vorne in die Zukunft wies, die Perpetuierung der Maßnahmen andeutete, sogar auf leisen Sohlen bereits zementierte und alle meine von Anbeginn aktivierten Alarmglocken haben sofort auf Sturm geläutet. Angesichts der unverzeihlichen Traumatisierung von Kindern und Jugendlichen, der eklatanten, himmelschreienden logischen Brüche in allen Aspekten der vorgeblichen Pandemiebekämpfung, des Schindluders, das mit absoluten Zahlen getrieben wird, dem furchtbaren, offenen Aufruf zur Denunziation, gezielter Panikmache, Zensurorgien, Diffamierung der Kritiker und ihrer Argumente aus dem öffentlichen Diskurs, Obduktionsverbot, also Verhinderung der Schaffung von Wissen und so weiter. Ich empfinde die Regelungswut als pure Entmündigung und Selbstentfremdung der Spezies Mensch, als historisches Verbrechen an der Menschheit.



»Es war eine Demonstration vor dem Bundestag... Ein Moment, an dem sich die Ohnmacht des Einzelnen in die Gewissheit der unverfügbaren und verankerten Würde verwandelt. In diesem Gefühl stand ich da. So war ich ausnahmsweise bereit zu dem Bild«, so Michaela Kaufmann. Foto: Hannes Henkelmann.

Wie schaffen Sie es, trotz dieser bedrohlichen Situation, Ihre Laune und Zuversicht im Alltag einigermaßen stabil zu halten?

Zum Glück finde ich als wissbegierige Einzelgängerin in mir selbst immer wieder genug kompensatorische Kraft und Stabilität, die mich dann auch auf die Straße und in den Widerstand treiben, sowie manche Ausgrenzung verarbeiten lassen. Zeugin der Durchpathologisierung des Lebens, der Abschaffung der Gesundheit zu sein, erfüllt mich mit großer Trauer und gleichzeitig auch der Hoffnung, dass die autonome Lebensfreude in jedem einzelnen Menschen letztlich sich äußern und obsiegen wird. Unter der Abtrennung von der subtilen und so wichtigen mimischen Kommunikation mit meinen Mitmenschen leide ich sehr, da mein Wahrnehmungsvermögen hinsichtlich nonverbaler Kommunikation sehr hoch ausgeprägt sind, so dass andauernde Amputationsgefühle mich begleiten. Diese versuche ich im Alltag zu lindern, indem ich möglichst viel freudvolle Zeit beim Lesen, in der Natur und vor allem mit nahestehenden Menschen verbringe. Darüberhinaus möchte ich gerne am Aufbau analoger, subsidiärer Strukturen mitarbeiten. Um es mit einem schönen Bild von Matthias Burchardt zu sagen, dessen sinnliche Sprache ich sehr schätze: Ich habe Heimweh nach der unbefangenen Menschlichkeit.

Sie reisen für eine Demo von Konstanz nach Berlin. Weshalb nehmen Sie diese Mühen auf sich?

Diese Demos, wie auch Leipzig, Kassel und Stuttgart in diesem Frühjahr, sind für mich eine Möglichkeit, die beinahe übermächtigen Ohnmachtsgefühle in eine sichtbare Form der Selbstwirksamkeit umzuwandeln, auch wenn der Verlauf zunehmend mühsam wird, die polit-polizeiliche Strategie der Zersetzung vorübergehend Wirkung zeigt. Da von Seiten der Politik weiterhin jegliche Diskussion ausgeschlossen wird, die Maßnahmen sich aber tief in den Alltag jedes Einzelnen fräsen, unmittelbar in jeden Atemzug hinein, letztlich sogar jede einzelne Begegnung von Menschen unter Generalverdacht stellen, bleibt das ein wichtiger Weg, Protest sichtbar zu machen. Die Dimension der Geschehnisse lässt mir schier keine Wahl, weiterhin für die offene Debatte auf die Straße zu gehen. Der Lebensfunke in jedem einzelnen Menschen ist unendlich viel kraftvoller, als die hermetische Gewalt derer, die auf destruktive Weise ihre von uns geliehene Macht missbrauchen. In die Gesamtheit des Widerstandes bringe ich sozusagen die kleine Funzel meines Funkens mit ein. Da kann ich schlicht nicht anders. Diese Flamme lodert von allein.

Briefe an die Redaktion

LOB AN DIE AUTOREN FIEDLER UND PLOPPA

Herzlichen Dank für Ihren Einsatz für die Beendigung des Corona-Regimes, dessen katastrophale Folgen immer mehr spürbar werden. Meine besondere Hochachtung gilt den Beiträgen von Markus Fiedler und Hermann Ploppa, deren ich immer wieder wertvolle Informationen über die aktuelle Lage entnehmen kann. – Stephan L.

TABUTHEMA IM DORNRÖSCHENLAND

Ich schreibe heute aus meinem Exil in der wunderschönen Altmark. Hier leben viele junge Menschen, die sich dem grünen, links-alternativen Spektrum zuordnen. Sie sind überwiegend Kunsthandwerker, Handwerker, Permakulturisten und »Freaks«.

Sie leben in Bauwägen, auf Höfen, in WGs oder anderen Gemeinschaften und sind als Selbstversorger regional gut vernetzt. Die Leid bringenden Corona-Maßnahmen sind hier ein Tabu-Thema. Mensch spricht nicht gern darüber und langsam sickert das offizielle Narrativ mehr und mehr in die Köpfe der Menschen. Darüber zu diskutieren wird als schlechte Laune-Thema benannt.

Alle mit einer anderen Perspektive gelten auch hier als rechts-offen und als Verschwörungsideologen. Die Menschen haben nicht den blassesten Schimmer davon, was hinter den Kulissen wirklich abgeht – wollen nicht aus ihrem Dornröschen-Land. – Isik D.

DANKESGRUSS

Eine hervorragende Initiative, die ich unterstützen möchte. Danke für eure Arbeit! Hut ab! Herzliche Grüße von der Ostsee. – Virginia A.

GEDANKEN ZUR ESSENZ DES VIRUS

Jene, die sich Virologen nennen, bezeichnen das, was sie Virus benennen »tote Materie«. Nach heutigem Erkenntnisstand wird Materie jedoch als verdichtete Schwingung gesehen. Meine Frage zum nachdenken: Wie kann Schwingung tot sein? – David J.


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

MERKEL ZIEHT NACH NORDCORONA

DAS VOLK ZIEHT NICHT MIT

NICHTOHNEUNS.DE

Wirtschaft

Das Märchen von den überforderten Intensivstationen


FREITAG, 11. JUNI 2021

Bild

Rechnungshof deckt Corona-Skandal auf

HORROR-Zahlen bei Intensivbetten gefälscht

Um mehr Steuergelder zu kassieren: Mieses Spiel mit unserer Angst +++ War der lange Knallhart-Lockdown gar nicht nötig? +++ Was wussten Merkel und Spahn?

HAMBURG UND DER NORDEN

GEZ-Verweigerer Hunger-Streik im Knast!

IMPFPASS & URLAUB Die wichtigsten Fragen und Antworten

PENNY

Der Demokratische Widerstand schreibt (24. April 2021), die Bild-Zeitung schreibt ab (11. Juni 2021): »HORROR-Zahlen gefälscht.« *Collage: Ute Feuerstacke/Jill Sandjaja*

SPAHN HAUT ALLES RAUS

Eine Bundesbehörde gibt dieser Wochenzeitung nun Recht. | Von Hermann Ploppa

Wie wäre wohl unser Leben verlaufen in den letzten Monaten, wenn nicht die so genannte Bundesnotbremse der Merkel-Administration die Wirtschaft stranguliert und den Menschen unnötige Qualen und Ängste beschert hätte? Das öffentliche Leben müsse heruntergefahren werden, so hieß es. Denn in den Intensivstationen unserer Krankenhäuser spielten sich unvorstellbare Szenen ab. Demokraten in diesem Land hatten dem vehement widersprochen und sich dabei auf anerkannte Statistiken berufen. Jetzt hat der Bundesrechnungshof ihnen den Rücken gestärkt.

Der Bundesrechnungshof ist eine Behörde, die im Auftrag des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag regelmäßig der Regierung auf die Finger schaut, ob sie das ihnen anvertraute Steuergeld auch sorgsam im Sinne der Steuerzahler ausgegeben hat. Und wie so oft zuvor schon stellt der Bundesrechnungshof in seinem aktuellen Bericht dem Bundesgesundheitsministerium ein vernichtendes Zeugnis aus. Sowohl bei der Verteilung von medizinischen und FFP2-Masken als auch bei der finanziellen Förderung von Intensivbetten in Zeiten von Corona hat das Spahn-Ministerium das Geld nur so zum Fenster hinausgeschleudert. Das heißt im deeskalierenden Jargon der Rechnungsprüfer »massive Überkompensation aus Steuermitteln«.

Bei den Masken wirft der Rechnungshof den Spahn-Beamten vor, dass sie diese Masken ausschließlich über Apotheken in Umlauf bringen ließ. Andere Verteilungswege wurden gar nicht erwogen. Dazu setzte das Ministerium willkürlich für die Apotheker einen Verkaufspreis von sechs Euro das Stück fest. Eine einfache Marktanalyse hätte ergeben, dass die Masken auf dem freien Markt für 1.20 Euro und im Großhandel für vierzig bis sechzig Cent zu haben waren. Eine für Millionen von Euro angeheuerte Agentur für Unternehmensberatung sah keine Veranlassung zu einem simplen Preisvergleich. Auch war nicht klar, warum die Regierung gewisse Personengruppen mit Bezugsscheinen beglückte und andere nicht. Auf jeden Fall wurden zuletzt 35,7 Millionen Bundesbürger mit solchen Bezugsscheinen beglückt, die von der Bundesdruckerei zum Preis von 9,7 Millionen Euro abgegeben wurden. Porto ist da noch gar nicht drin.

MILLIARDEN STEUERGELDER LANDEN IN DER MÜLLTONNE

Millionen Adressaten der Masken-Bezugsscheine – unter ihnen auch der Autor dieser Zeilen – haben die Bezugsscheine nie gegen Masken in der Apotheke eingetauscht. So versickerten insgesamt 2.1 Milliarden Euro Steuergelder buchstäblich in der Mülltonne. Es liegen übrigens noch Milliarden von nicht ausgepackten medizinischen Masken in deutschen Lagerhäusern, von der Bundesregierung bestellt und nie abgeholt oder gar bezahlt. Da rollt noch eine Prozesslawine der geprellten Maskenhändler auf die Bundesregierung zu. Auch dafür wird der Steuerzahler geradestehen müssen.

Doch nimmt sich der amtlich bestätigte Masken-Skandal eher bescheiden aus gegen den ebenfalls im aktuellen Rechnungshof-Report angeprangerten Betrug im Zusammenhang mit Intensivbetten. Auch hier ist die Rede von »massiver Überkompensation aus Steuermitteln«. Wobei es zwei deutlich unterscheidbare Phasen gab, in denen sich die Krankenhäuser – man erlaube mir den Kalauer – ganz schön gesundgestoßen haben. Die erste Episode erstreckte sich vom Frühjahr 2020 bis zum 30. September. In Erwartung einer furchtbaren Epidemie in der Größenordnung einer Pest sorgte die Regierung für die Bereitstellung von Betten für Corona-Opfer. Großzügig wurde jedes neu geschaffene Bett in einer Intensivstation einmalig mit 50.000 Euro bezuschusst – aus dem Gesundheitsfond, also aus den Einzahlungen von gesetzlich Versicherten. Und für jedes leerstehende Intensivbett gab es pro Tag zunächst 560 Euro Prämie, und dann abgestuft zwischen 280 bis 760 Euro pro Tag. Das führte dazu, dass die Krankenhäuser, die ja heutzutage profitorientiert geführt werden, im Jahre 2020 mehr Geld verdient haben als ein Jahr zuvor – obwohl deutlich weniger Patienten ihre Dienste in Anspruch nahmen. Während nämlich die Krankenhausauslastung im Jahre 2019 noch bei 75,1 Prozent lag, betrug sie 2020 nur noch 67,3 Prozent, das bedeutet einen Schwund von 2,5 Millionen Patienten gegenüber 2019. Der Ansturm der Corona-Patienten blieb aus und die Zahlungen des Bundes waren eine verdeckte Subvention, so die Rechnungsprüfer: »Der Bund hat damit nicht überwiegend Zahlungen zur Aufrechterhaltung freier Krankenhauskapazitäten für Covid-19-Patientinnen und Patienten geleistet, sondern vielmehr das betriebswirtschaftliche Risiko nicht ausreichender Belegung der Krankenhäuser mitgetragen.«

ERSCHLICHENE FÖRDERGELDER

Ein ganz anderer Weg, an öffentliche Gelder zur Sanierung der Krankenhausfinanzen heranzukommen, wurde zeitgleich mit der Verabschiedung der dritten Anpassung des Infektionsschutzgesetzes am 18. November letzten Jahres beschritten. Um den nun auch eher wieder gefühlten Ansturm der Corona-Opfer auf die Intensivbetten der Krankenhäuser zu stemmen, hatte man sich wieder ein ganz neues System ausgedacht. Intensivbetten in Gebieten mit einem besonders hohen Inzidenzwert wurden extra bezuschusst. Zudem spielte ab jetzt eine Rolle, dass Intensivstationen weniger als ein Viertel ihrer Betten für Notfälle bereithalten können. Intensivstationen in Gebieten mit einer Inzidenz von über 200 bekamen automatisch Sonderzahlungen – ab Februar wurde der kritische Wert auf 150 abgesenkt. Die Krankenhäuser kamen auf den Trichter, sich durch einen bestechend einfachen Trick zusätzliche Fördergelder zu erschleichen: Sie ließen einfach Intensivbetten auf die Korridore schieben, und schon hatten sie womöglich weniger als 25 Prozent freie Betten zur Verfügung. Sie kamen damit ab sofort in den Genuss von insgesamt 4,9 Milliarden Euro Fördergeldern seit letztem November. Die auf diese Weise vom privaten DIVI-Register generierten Zahlen kamen selbst dem Robert Koch-Institut seltsam vor. Denn das RKI machte die Bundesregierung in einem Brief vom 11. Januar dieses Jahres auf die Möglichkeit aufmerksam, dass die Krankenhäuser womöglich weniger Intensivbetten angemeldet haben als sie tatsächlich vorrätig hatten: »Die Möglichkeit einer Beeinflussung besteht also weiterhin. Dies ist besonders problematisch, da drohende Engpässe der medizinischen Versorgung auch als Entscheidungsgrundlage für weitere politische Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung dienen. Anreize, diesen Indikator zu beeinflussen, müssen deshalb soweit als möglich ausgeschlossen werden.«

FOLGENLOSE KORRUPTION

Dankenswert klare Ansage. Der Bundesrechnungshof vermisst zudem klare Belege über die wirkliche Anzahl von Intensivbetten. Das Chaotentum in der Regierungspolitik kostet allerdings Millionen Menschen durch den daraus begründeten Bundes-*Lockdown* die Existenz. Diese Korruption im Gesundheitswesen zerstört als Nebeneffekt unsere Demokratie. Auch dieser Bericht des Rechnungshofs wird wahrscheinlich keine Folgen haben. Nach wie vor scheint unsere Regierung einen unsichtbaren Panzer der Unverwundbarkeit gegen demokratische Kontrollinstanzen zu besitzen. Wie lange das noch so bleibt, hängt allerdings vom politischen Widerstand ab.

MELDUNG

BITCOIN STATT DOLLAR

San Salvador/DW. Das Parlament in El Salvador hat einem Gesetz zugestimmt, das Bitcoin zu einem gesetzlichen Zahlungsmittel macht. Präsident Bukele möchte sein Land mit diesem Schritt unabhängiger vom US-Dollar machen und erwartet einen wirtschaftlichen Schub für sein Land. 70 Prozent der Menschen in El Salvador haben keinen Zugang zu ein Bankkonto und sind somit vom traditionellen Zahlungsverkehr ausgeschlossen. Die Regierung plant auch in naher Zukunft selbst Bitcoins zu schürfen. Hierfür soll die geothermische Energie der zahlreichen Vulkane in dem Land genutzt werden. (ber)

CORONA-VERBAND WILL ARBEITSZEIT VERLÄNGERN

Berlin/DW. Um die *Lockdown*-Schäden zu kompensieren, sollen die Deutschen mehr arbeiten und weniger Urlaub nehmen, so das *Institut der deutschen Wirtschaft* in Köln. Durch das Schaffen neuer Kita-Plätze sollen zudem mehr Frauen statt in Teilzeit- in Vollzeitstellen arbeiten. Damit wird angedacht, die Schäden der bewusst provozierten Wirtschaftskrise jenen aufzubürden, die diese Krise nicht herbeigeführt, aber am meisten darunter gelitten haben. Besonders zynisch: 2020 fand die größte Vermögensumverteilung der Menschheitsgeschichte statt – und zwar von unten nach oben. (nir)

LOHN FÜR BLUTIGE TREUE

Cornwall/DW. Vor dem G7-Gipfel traf der britische Premierminister Boris Johnson auf den US-Präsidenten Joe Biden am 10.6.2021. Sie versicherten sich in einer neuen Atlantik-Charta ihrer unmittelbaren Verbundenheit bei der Durchsetzung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen in der Welt vor allem gegenüber den geopolitischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt China und Russland. Man wende sich gegen jene, »die danach streben, unsere Allianzen und Institutionen zu untergraben.«, so die Charta. Das Bündnis richtet sich zudem gegen »Einmischung durch Desinformation«, welche sie dem Ausland, aber auch der eignen Bevölkerungsteilen unterstellen. In Kriegsfragen stand Großbritannien in den vergangenen Jahrzehnten durchweg an der Seite der US-Kriegsfraktion und erhofft sich dafür nun wirtschaftliche Belohnungen. (hes)

DW EINE DER AUFLAGENSTÄRKSTEN ZEITUNGEN

Stralsund/DW. Die Wochenzeitung Demkratischer Widerstand (DW) wächst unaufhörlich. Nach regulären Abonnentenzahlen steht das Überholen des Mitbewerbers *Der Freitag* demnächst an, erklärten Redaktionsleitung und Verlag beim DW-Gipfel in Nordostdeutschland am Donnerstag. Nach verteilter Auflage sei man oftmals vor der Wochenzeitung *Die Zeit* und überhole zeitweise sogar *Bild am Sonntag*. Der Widerstand sei ist eine fest etablierte Vollredaktion. (jro)

Zum einen Loch rein, zum anderen Loch raus

Die Finanzminister der G7-Staaten haben eine weltweite Mindestbesteuerung für Unternehmen beschlossen. Haben bald die Staaten wieder Geld zum Investieren? | Von Hermann Ploppa

Sie sind entschlossen. Solidarisch. Sicher auch schon wieder nachhaltig. Denn die Finanzminister der G7-Staaten, dereinst die mächtigste Machtkonglomeration auf diesem Globus, heute aber nur noch ein Nebenspieler auf dem Weltmarkt, haben sich Anfang Juni in London auf eine Mindeststeuer für große Konzerne geeinigt. Besonders den Tech-Konzernen soll es an den Kragen gehen.

Unser Finanzminister Olaf Scholz ganz stolz: »Das ist eine sehr gute Nachricht für die Steuergerechtigkeit und Solidarität, und eine schlechte Nachricht für Steueroasen in aller Welt.« Wirklich? Zittern die Steuerfluchtnationen wie Vanuatu schon vor Angst? Tatsächlich ist die immer schlimmer um sich greifende Steuerflucht ein permanenter Stein des Anstoßes. Die Organisation *Tax Justice Network* stellt nämlich fest, dass jedes Jahr nicht weniger als 427 Milliarden Steuereinnahmen den Nationalstaaten durch die Lappen gehen. Und das Ifo-Institut schätzt die Einnahmeverluste für Deutschland auf 5,7 Milliarden Euro pro Jahr. Es wäre also längst überfällig, den Globalkonzernen mal energisch an die Wäsche zu gehen.

DER MITTELSTAND TRÄGT DIE STEUERLAST

Nun wollen die G7-Finanzminister tatsächlich dafür sorgen, dass die Körperschaftssteuer, also die Steuer auf Unternehmensgewinne, weltweit auf eine Untergrenze von 15 Prozent festgesetzt wird. Das ärgert Irland. Auf der grünen Regeninsel werden nur 12,5 Prozent Körperschaftssteuer erhoben, weshalb sich gerade die digitalen Kommunikationskonzerne dort pudelwohl fühlen. Neben der Einkommenssteuer und der Mehrwertsteuer, die immer weiter angehoben wurden, ist die Unternehmenssteuer die dritte relevante Einkommensquelle des Staates. Letztere Besteuerungsart ist nun allerdings seit vielen Jahrzehnten schon nur noch im freien Fall. Während der Mittelstand in Deutschland noch richtig viel Steuern lassen muss, sind nun einmal die Globalkonzerne durch ihre weltweite Vernetzung in der Lage, sich das Land mit dem geringsten Steuersatz auszusuchen. Insofern klingt auch der Vorschlag, Konzerne wieder dort zur Ader zu lassen, wo er tatsächlich richtig Umsatz macht, gar nicht so schlecht.

TROPFEN AUF DEM HEISSEN STEIN

Nun beginnen wir jedoch mit dem »aber«. Zunächst einmal: Viele Staaten haben sich nach der schlimmsten Covid-Krise in astronomisch hohe Verschuldungen hineingestürzt. So will US-Präsident Joe Biden die abgeschlaffte Konjunktur seines Landes mit einer Giga-Investitionsspritze von 2,3 Billionen Dollar wieder aufpeppen. Nun rechnet uns seine Finanzministerin Janet Yellen vor, dass die USA mit 15 Prozent Unternehmensbesteuerung 41 Milliarden einnehmen. *So what*? Was soll das bringen? Eine Diskrepanz der Dimensionen, die nicht zu vermitteln ist.

Nächster Punkt: In sämtlichen G7-Staaten liegt die Unternehmensbesteuerung – gottlob – noch deutlich über 15 Prozent. Wer garantiert uns, dass in den G7-Ländern die Unternehmensbesteuerung nicht noch auf 15 Prozent »harmonisiert« wird? Bidens Vorgänger Donald Trump hatte diese Steuerart von 35 auf 21 Prozent heruntergedimmt. Biden versprach im Wahlkampf vollmundig, die Unternehmenssteuer wieder auf 28 Prozent hochzufahren. Einmal im Amt, waren es dann noch 25 Prozent. Wohin geht die Fahrt?

WIRKUNGSLOSE MASSNAHMEN

Und: die Unternehmensbesteuerung soll dann weltweit auf 15 Prozent angesetzt werden, wenn ein Unternehmen eine Gewinnmarge von 10 Prozent übertrifft. Da kann Amazon-König Jeff Bezos nur lachen. Seine Buchhalter haben seine Amazon-Gewinne auf 6,3 Prozent heruntergerechnet. Warum sollten das seine Klassengenossen nicht auch fertigbringen?

»Steuern lassen sich steuern!«, sagte dereinst der längst untergegangene Wirtschaftswunder-Kapitalist Alfons Müller-Wipperfürth. Recht hatte er.



Backpfeife für *Monsieur le Président*: Emmanuel Macron will die Gunst der Stunde nutzen, um in Tain-l'Hermitage, Südostfrankreich, für die Kameras ein paar Kinder und Staatsbürgerinnen zu umgarnen. Doch da hat er die Rechnung ohne den Wirt gemacht. An der Polizeiabsperrung angekommen, schallert ihm der 28-jährige Damien T. eine Hand ans Ohr – damenhaft konsequent. Die Konzern- und Regierungspresse ist empört: Es muss ein »Royalist« sein, also die französische Variante der »Reichsbürger«-Verleumdung. Frankreich steht seit den Demonstrationen von »Nuit Debout« und den Gelbwesten vor einer basisdemokratischen Revolution. Macron gilt nach Amtsvorgänger François Hollande (PS) als letzte Marketing-Marionette des großen Geldes und der USA-EU-Nato-Kriegstreiber-Kreise in Paris. (ale)

UNSERE SPENDEN-QR-CODES ZUM SCANNEN

BITCOIN



3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt

DASH

Xp8mWjoHGh51cLP1LknhivCYy7fCNTfQM

Da die großen Plattformen wie youtube, facebook und google Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
kenfm.de
rubikon.news
corodoks.de
corona-ausschuss.de
mutigmacher.org
multipolar-magazin.de
ärzte-für-aufklärung.de
klagepaten.eu
miloszmatuschek.substack.com

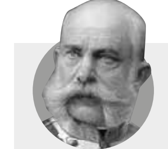








ÖSTERREICH IM IMPFWAHN



Eric Angerer ist studierter Historiker und politischer Aktivist in Österreich.

Impfdruck über Firmen und die Psychologie vollendeter Tatsachen | Von Eric Angerer

In Österreich schreitet der Impf-Terror voran. Politiker verbreiten Falschinformationen, Firmen locken mit Prämien für Geimpfte und ein Virologe skizziert, wie die Gesundheitsdiktatur auch in Zukunft der neue Standard sein soll. Der psychische Druck auf die Menschen nimmt zu und fördert die gesellschaftliche Spaltung. Wichtiger denn je ist jetzt eine geeinte Demokratiebewegung.

»Schäbig« findet es der steirische ÖVP-Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, dass sich so viele Kindergärtner-Innen nicht haben impfen lassen. Eine Impfpflicht sei für die Berufsgruppe leider verfassungsrechtlich nicht möglich, aber neu in den Landesdienst aufgenommen werden sollten nur Geimpfte. Der grüne Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein, der ernsthaft behauptet hatte, die Impfung gehe nicht ins Blut, trommelt weiter für die Impfung von Jugendlichen und Kindern. Neben den Regierungsparteien tut sich auch die SPÖ für das Impfregime hervor. Im von ihr regierten Wien agierte sie als Vorreiterin bei der Impfung von Schwangeren und forciert nun das Impfen der 12- bis 15-Jährigen. Gesundheitsstadtrat Peter Hacker feierte, dass sich bereits 15 Prozent von ihnen angemeldet hätten. Und von der SPÖ-dominierten Arbeiterkammer erklärte der Jurist Philipp Brokes dem regimetreuen ORF, dass sowohl die Auszahlung von Firmen-Prämien für Geimpfte als auch die Kündigung von Impfverweigerern rechtens sei. Lohnabhängige, die solche Vertreter haben, brauchen keine Feinde mehr!

»FRIEDLICHE« LINKE PARTY-TUMULTE

Interessant war die Reaktion der SPÖ-Wien hingegen auf die Party-Tumulte am Karlsplatz. Tausende Jugendliche, darunter viele Aktivisten der linken Szene und der SPÖ-Jugend, hatten dort in der Nacht gefeiert. Als die Polizei einschritt, weil diverse Corona-Bestimmungen nicht eingehalten wurden, wurde sie massiv mit Flaschen beworfen. Von den Aktivisten und den linksliberalen Medien wurde dann geklagt, die Party sei »vielleicht nicht durchgehend corona-konform, aber friedlich (gewesen). Bis die Polizei anrückte und alles eskalierte.« Sicherlich treffend und gleichzeitig eine exakte Beschreibung sämtlicher Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen in den letzten Monaten – bei denen dieselben Linken und dieselben Medien immer noch schärferes polizeiliches Eingreifen forderten. Nun aber kritisierte SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig das Vorgehen der Polizei und zeigte Verständnis für die Feier-Bedürfnisse der Jugend. Kein Wunder freilich, handelt es sich hier doch um ein politisches Milieu, das dem Corona-Regime bisher loyal gegenüberstand, das nun aber selbst die Einschränkungen nicht mehr aushält und welches sich die Herrschenden nicht weiter entfremden wollen. Jedenfalls gut, wenn hier Widersprüche auftreten!

IMPFEN ALS AKT DER »SOLIDARITÄT«

Denn insgesamt ist das Impfregime weiter am Vormarsch. Etwa 30 Prozent der Österreicher scheinen sich konsequent zu verweigern. Aber unter dem Druck von Firmen und Regimemedien lassen sich auch von den anderen letztlich immer mehr impfen. Viele tun das mit unguten Gefühlen und die psychologischen Reaktionen sind unterschiedlich. Manche fühlen sich nach dem mehr oder weniger erzwungenen Eingriff in die körperliche Integrität ähnlich wie nach einer Vergewaltigung: Schock, Angst, Mutlosigkeit, Antriebslosigkeit, Trauer Selbstvorwürfe sind die Folge. Andere reden sich ihre Entscheidung schön und gerade Menschen, die sich mit Zweifel impfen haben lassen, werden gegenüber Impf-Verweigerern besonders unduldsam und aggressiv. Gefördert wird ein solch aggressives Verhalten gegenüber Freunden, Familienmitgliedern oder Arbeitskollegen, die sich nicht impfen lassen, natürlich durch das Regime und seine Medien. Sie stellen die Impfung als Akt der gesellschaftlichen »Solidarität« dar und ihre Verweigerung als asoziales Verhalten. Das ist natürlich ebenso faktenbefreit wie unlogisch. Wenn die neuartigen Impfungen eine so tolle Sache sind, dann sind die Geimpften ja sowieso vor schweren Covid-Verläufen geschützt und brauchen keine »Solidarität« der anderen – oder gar von Kindern, die selbst so gut wie nicht gefährdet sind und sich trotzdem unbekannten Langzeitfolgen aussetzen sollen. Jedenfalls ist mit Geimpften oft schwer zu argumentieren, weil die Milch ja bereits verschüttet ist. Mit der Impfung hat das Corona-Regime in den Körpern dieser Menschen Tatsachen geschaffen, deren Ausmaß hinsichtlich gesundheitlicher Folgen und womöglich sogar körperlicher Abhängigkeit von weiteren Impfungen unabsehbar ist. Wer sich dem bereits ausgesetzt hat, mag keine Zweifel mehr hören. Und umgekehrt will man ja geimpften Verwandten, Freunden und Kollegen auch nicht Angst machen, wo doch die Impfung nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Wenn immer mehr Menschen geimpft sind, wird das zunehmend eine zusätzliche Herausforderung für die Widerstandsbewegung.

SCHÖNE NEUE IMPF-WELT

Vollendete Tatsachen versucht das Regime auch auf anderer Ebene zu schaffen. Virologe Christoph Steininger vom Universitätsklinikum AKH Wien sagte kürzlich der Tageszeitung *Die Presse* ganz in Einklang mit Klaus Schwab vom Weltwirtschaftsforum (WEF), es werde »ein Leben wie vor der Pandemie nicht mehr geben«. Das liege daran, dass sich unsere Psychologie geändert habe. In Situationen, wo Zehntausende auf einem Rockkonzert weder geimpft noch genesen noch getestet seien, würden »wir uns nicht mehr wohlfühlen«. Die Bevölkerung werde sich an die Maßnahmen gewöhnen. Impfen alleine werde angesichts von Mutationen nicht ausreichen, auch Masken und Tests würden weiter nötig sein – so der Mitbegründer der Firma »Lead Horizon«, die sich mit Gurgeltests eine goldene Nase verdient. Solchen Profiteuren wie Steininger, den Strategen im WEF, den Exekutoren in Regierungen und Justiz sowie den Propagandisten der Regimemedien wird nur eine Massenbewegung das Handwerk legen können. Sie kann durch die bevorstehende wirtschaftliche und soziale Krise Fahrt aufnehmen. Voraussetzung dafür ist, dass sich die aktuelle Demokratiebewegung bewusst mit den sozialen Kämpfen verbindet.

80 Jahre Unternehmen Barbarossa

Der Angriff der Nazis gegen die Sowjets am 22. Juni 1941 mündete in den Vernichtungskrieg. | Von Hermann Ploppa

Am 22. Juni 1940 begann die Operation. Über die Grenzlinie zur Sowjetunion ergossen sich Völkerscharen von Soldaten der Achsenmächte über das Territorium der Sowjetunion.

Zum Pulk gehörten drei Millionen Soldaten in 150 Divisionen, mit 600.000 Kraftfahrzeugen und 625.000 Pferden. Den sowjetischen Truppen blieb zunächst nichts anderes übrig als der geordnete Rückzug nach Osten. Der sowjetische Diktator Stalin war eine ganze Woche von den Ereignissen paralysiert. Der Krieg, dessen Beginn sich gerade zum achtzigsten Mal jährt, war kein gewöhnlicher Krieg wie gegen Hitlers Gegner im Westen. Der Krieg gegen die Völker der Sowjetunion war ein Vernichtungskrieg. Wie Adolf Hitler bereits in seinem einzigen Buch »Mein Kampf« klarmachte, sollte die Sowjetunion entvölkert und von »rassereinen« germanischen Bauern bevölkert werden. Der sogenannte »Kommissarbefehl« legte fest, dass alle gefangenen politischen Ausbilder der Roten Armee sofort zu erschießen seien. Dasselbe galt für jüdische Mitmenschen. Weite Landstriche im Westen der Sowjetunion wandelte die deutsche Wehrmacht in Mondlandschaften um. Städte wie Kiew verschwanden von der Bildfläche.

MISSACHTUNG DES DEUTSCH-SOWJETISCHEN NICHTANGRIFFSPAKTS

Grund für diese konsequente Missachtung aller international anerkannten Kriegsrechtskonventionen durch die Wehrmacht stellte Hitlers nationalsozialistisches Weltbild dar. Hitler sah die Sowjetunion als das Zentrum einer jüdischen Weltverschwörung an. Ob er das nun wirklich glaubte oder nicht: Im Angesicht einer globalen Bedrohung sah Hitler einen Vernichtungskrieg als gerechtfertigt an. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird immer wieder kontrovers diskutiert, ob nicht vielleicht Hitler einen Präventivkrieg geführt habe. Demzufolge sei Hitler einem lange geplanten Angriffsplan Stalins gegen Deutschland zuvorgekommen. Auch heute feiert diese »Theorie« leider wieder ihre Renaissance. Hitler propagierte allerdings den Angriffskrieg gegen die Sowjetunion schon seit Mitte der 1920er Jahre. Und obwohl das Deutsche Reich 1939 einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion geschlossen hatte, weihte Hitler das Oberste Kommando der Wehrmacht bereits im Juli 1940 in seine Angriffspläne gegen die Sowjets ein und bekräftigte diese Absicht auch im darauf folgenden Dezember mit seiner Weisung Nummer 21. Die Sowjetunion wiederum war denkbar schlecht auf einen Waffengang vorbereitet. Stalin hatte Tausende seiner besten Offiziere und Generäle im Zuge seiner berüchtigten «Säuberungen« exekutieren lassen. Im Finnisch-Sowjetischen Krieg hatte die Rote Armee folglich denkbar schlecht ausgesehen. Und während die Sowjets noch gewissenhaft das Deutsche Reich mit Waren, darunter auch kriegswichtige Materialien, versorgte, musste Stalin hilflos zusehen, wie die Deutschen die zukünftige Front gegen die Sowjetunion begradigten und stabilisierten. Konsequent wurden Ungarn, die Slowakei, Rumänien und sogar das russlandfreundliche Bulgarien in die deutsche Einflusszone einverleibt. Mit der Annexion Bessarabiens hatte Stalin dem nicht viel entgegenzusetzen.

DEUTSCHES SCHEITERN

Dennoch sollte der Schwung des deutschen Angriffs bereits im Dezember 1941 an Fahrt verlieren. Hitler hatte gedacht, der Krieg sei vor Weihnachten bereits gewonnen. Deswegen froren die deutschen Soldaten im russischen Eis erbärmlich. Die deutsche Zivilbevölkerung musste mit eigenen Wintermänteln aushelfen. Hitler beklagte sich mit zittriger Stimme beim finnischen General von Mannerheim: »Wer konnte denn auch ahnen, dass die Russen derart große Panzerfabriken unterhalten?« Der Kraftstoffverbrauch der deutschen Militärfahrzeuge war zudem doppelt so hoch wie geplant. Der Ausbruch zu den rettenden Ölfeldern in Baku am Kaspischen Meer scheiterte kläglich. Mit gigantischen Menschenverlusten konnte General Schukow schließlich die Tore des »Führerbunkers« in Berlin erreichen und den braunen Terror beenden. Die Verluste in diesem wahnsinnigen Angriffskrieg waren gigantisch. Allein auf sowjetischer Seite fanden über 28 Millionen Menschen den Tod. Dass heute wieder ein Militärbündnis, in diesem Falle die Nato, ernsthaft einen Krieg gegen Russland plant, ist obszön und unerträglich. Die demokratische Bewegung ist eine Friedensbewegung und wird diesen Wahnsinn stoppen.



Die neun meist gehassten Menschen der Welt treffen sich unter massivem Polizei- und Militärschutz in Cornwall/ England . Bildquelle: Wikimedia/commons

WIR SIND DEMOKRATEN. Fortsetzung von Seite 1

Seit mehreren Jahren drehen die westlichen Staatenlenker angesichts ihres absehbaren Untergangs vollkommen durch, anstatt einfach die Diskussion zu öffnen und sich an den Runden Tisch mit dem Volk zu begeben. Stattdessen legen sie ein wildes Umsichschlagen an den Tag, hangeln sich von einer konstruierten Krise zur nächsten, um so die Bevölkerung in Panik zu versetzen, mit Angststarre zu lähmen – und letztlich durch Forcierung eines Bürgerkriegs.

Noch in Hamburg 2017 waren die meistgehassten Menschen der Welt mit ihrer 20er-Runde von 500.000 Demonstranten empfangen worden. Die ganze Stadt wurde durch Olaf Scholz, damals Bürgermeister der einstmals Freien und Hansestadt, jetzt hoffnungsloser SPD-Finanzminister und Kanzlerkandidat, in ein Kriegsgebiet verwandelt. Mit Maschinengewehren bewaffnete SEK-Truppen zogen durch die Straßen und bedrohten jeden, der es wagte, aus dem Fenster zu schauen – mit Zielmarkern auf der Stirn. Die Übung für den Bürgerkrieg.

SEEHOFER WILL PANIK SCHÜREN

Nun wurde mit dem Konzept Corona ein durchschlagendes Mittel gefunden, um einen undemokratischen Gesellschaftsumbau durchzudrücken. Der Widerstand zum G7-Gipfel 2021 fiel dann vergleichsweise klein aus. So klein, dass die *Tagesschau* als einziges Bild der Kritik die brav eingeübte Performance einer NGO-Truppe am Strand zeigen konnte, die ein Gerangel um eine Spritze aufführte.

Die Botschaft: Alle wollen jetzt die Impfung, gebt die Patente frei! Das angesichts von Millionen zusätzlichen Hungertoten durch die *Lockdown*-Maßnahmen die patentlose Giftspritze das ist, was die Menschen jetzt wollen, ist, gelinde gesagt, recht unglaubwürdig. Und inmitten von alledem der alte Adel in der Person von Prinz Charles, der sich seinen Sonntagsanzug anziehen konnte, um feierlich zu proklamieren: So geht eine geile Kampagne gegen die Bevölkerung!

Fast zeitgleich lässt sich Bundesinnenminister Horst Seehofer auf den Stuhl in der Bundespressekonferenz fallen, um den neuen Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2020 anzukündigen. Überall Verschwörungstheoretiker, Reichsbürger, Nazis. Es scheint, dass Horst eine Rede in Erinnerung geblieben ist, denn was er sagt ist: *I want you to panic*! Gut vorstellbar, dass nach Bankenkrise, Eurokrise, Klimakrise, Flüchtlingskrise und Coronakrise die Geschütze noch stärker auf »Verschwörungskrise« ausgerichtet werden. Gut möglich, dass Seehofer auch dort – wie einst schon – »bis zur letzten Patrone« die Merkelrepublik beschützen möchte, bei all dem Ansturm von Leuten, die einfach keine Lust haben den hintermachten Saftladen aufzuräumen und stattdessen lieber einen neuen aufmachen werden.

Im Verfassungsbericht selbst steht dann fast nichts über die Demokratiebewegung, auch die überall zitierte neue Verfassungsbedrohung durch grundgesetztreue Demokraten ist nirgends zu finden. Dennoch berichten *Tagesschau* und Konzernmedien vorrangig darüber. Auf die Frage, warum jetzt die Verteilung von Zeitungen als »aktionistische Form« gewertet wird, bringt Seehofer die wahrlich erhellende Antwort: »Man muss den Gesamtkontext betrachten.« Aha.

Das magische Denken nimmt also weiter Raum und verdrängt in der Welt auffindbare Kriterien. Genauso erging es auch dem Demokratischen Widerstand, dessen Verteilung verboten wurde, weil es sich um »virenkontaminiertes Material« handeln würde. Dieser Bescheid wurde uns von Polizisten im April 2020 auf Papier ausgehändigt.

INSOLVENZVERSCHLEPPUNG DER PSEUDO-ELITEN

Statt fortdauernder Insolvenzverschleppung wäre Kapitulation durchaus eine Lösung für die Regierungen. Es wäre übrigens die einzige Lösung für sie, hier noch einigermaßen glimpflich rauszukommen. Man stelle sich vor, dies wäre das Ergebnis des G7-Gipfels gewesen: Angela Merkel, Joe Biden, Flintenuschi, Emmanuel Macron und Boris Johnson treten vor die Kameras und sagen: »Sorry Leute, aber wir wissen einfach nicht weiter. Der Laden rauscht hier zusammen, wir haben jetzt auch keine Lösung und wir müssen uns etwas Neues ausdenken und ausarbeiten, wofür wir etwas Zeit brauchen. Es tut uns leid.« Der Applaus der Jugend und großer Bevölkerungsteile wären ihnen sicher. Stattdessen wird der große Endkampf ausgerufen, Kinder zur Impfung mobilisiert und alle Brücken gesprengt, die in die Zivilisation reichen.

DEMOKRATEN FOLGEN NICHT IN DEN NEOFEUDALISMUS

Doch immer mehr Menschen sehen nicht ein, warum sie sich von Rechtsstaatlichkeit, Wissenschaftlichkeit, Fairness und Gewaltenteilung verabschieden sollen. Deren System ist am Ende, unseres war es nie. Statt auf tödliche Rettung durch Sektengurus wie Bill Gates oder Elon Musk zu vertrauen, verfassen sich die Menschen neu. In Hobbykellern, Gartenanlagen und Plätzen verschwören sie sich zur Freien Bundesrepublik.

Augenzeugenberichte über die Zeit des Corona-Schreckensregimes werden für zukünftige Gerichtsverfahren angefertigt. Neue Ökonomien werden entwickelt und ausprobiert. Verfassungsgrundsätze werden debattiert und die Machtfrage gestellt. Es kommt niemand drum herum, es ist die größte Demokratiebewegung, die es jemals in unserem Land gab. Oder, um es klassisch zu sagen: Der Sieg der Demokratiebewegung wird umfassend sein.



Bild rechts: Feudaladel verpflichtet gestern und heute: Der ewige Sohn Prinz Charles probiert sich aus an der Krone und am Leben der Menschen.

Collage: Jill Sandjaja



»Welch Schauspiel! Aber, ach! Ein Schauspiel nur!«

Goethes Zitat aus Faust I trifft den Nagel auf den Kopf: Beim G7-Gipfeltreffen in Cornwall sah die Welt ein groteskes Schauspiel von Mimen hinter Masken, die ihr wahres Gesicht zeigten, noch bevor der Vorhang fiel. | Ein Essay von Nadine Strotmann

Da waren sie, die Köpfe Europas, gestrandet in Cornwall. Eingeladen hatte Boris Johnson, der Premierminister Englands, gekommen waren die Staats- und Regierungschefs der G7 und Teile der Königlichen Familie. Die Themen – wie nicht anders zu erwarten – drehten sich um Corona, das Klima als nächste weltweite Bedrohung und wirtschaftliches Wachstum.

So weit so schlecht. Denn hinter all' den schön klingenden Phrasen, Versprechungen und auswendig gelernten Kernbotschaften der Regierenden versteckt sich bei genauer Betrachtung die hohe Kunst der Verführung, die dramatische Inszenierung einer Schmierenkomödie, der schön verpackte gesellschaftliche Umbau im Sinne der Finanzmächtigen der Welt.

Der erste Akt des Schauspiels bietet dem Betrachter den großen Aufzug der Protagonisten: Ihre Bühne ist die Strandpromenade, ihre Kulisse nichts weniger als die Weite des Atlantiks. Corona- und kamerawirksam präsentieren sich die Regierenden mit ihren Ehepartnern beim illustren Gruß mit Abstand – und ohne Handschlag.

Die Frauen in bunten Kleidern, die Männer in schlichten Anzügen. Während die Kameras blitzen, knipsen, lachen alle, sind gut gelaunt, ja, sie tänzeln fröhlich umeinander herum, immer mit Distanz und immer mit wiederkehrendem, zärtlichen Ellenbogen-Gruß. Es wirkt alles so leicht, wie eine lang studierte Choreografie: Jeder Schritt, jeder Griff sitzt, selbst die leichte Brise vom Meer, die die Haare der Frauen luftig wehen lässt, wirkt wie geplant. Hier ist nichts dem Zufall überlassen. Das zeigt sich auch in den Reden der Regierenden und geladenen Mächtigen.

DER *GREAT RESET* ALS DREHBUCH-VORLAGE

Der Zweite Akt – als Zuspitzung des Schauspiels und aller Konflikte –, lässt keine Zweifel, dass alle Protagonisten demselben Drehbuch folgen. Es ist die große Inszenierung des Weltwirtschaftsforums (WEF), die Botschaften formuliert von Gründer Klaus Schwab, offen und äußerlich schön verpackt in seinem Buch »Covid 19 – The Great Reset«. Hinter den wohlklingenden Phrasen versteckt sich die Vierte industrielle Revolution – die dieses Mal »von oben« gesteuert umgesetzt werden soll.

Schwab als Vertreter des Transhumanismus setzt die Verschmelzung des Menschen mit Maschinen als gesetzt voraus, sieht in China ein modernes und vorbildliches Gesellschaftsmodell und lässt schon heute verkünden: »Sie werden in zehn Jahren nichts mehr besitzen, und es wird sie glücklich machen.« Ob das auch für ihn und seine superreichen, globalen Freunde gilt?

Schwab spricht ebenso immer wieder vom »window of opportunity« (etwa: Zeitraum der Angriffsmöglichkeit). Das sei die ausgerufene Corona-Pandemie, ein nur kurzes Zeitfenster, das genutzt werden müsse, um die Gesellschaft neu und im Sinne des WEF umzugestalten. Aha. Wurde Klaus Schwab eigentlich vom Souverän gewählt? Hat er eine demokratische Legitimation? Welche Interessen vertritt er seit Jahrzehnten? Die der einfachen Leute oder der Großindustriellen?

SCHAUSPIELER SPIELEN, DIE REGIE FÜHRT DER REGISSEUR

Die Eröffnungsansprache hält der Gastgeber Boris Johnson. Er nimmt die Corona-Krise zum Anlass, so wie vom WEF propagiert, die Welt jetzt gemeinsam besser aufzubauen. Er spricht in denselben Textbausteinen wie Schwab, von »we build back better« (etwa: Wir kürzen alles kurz und klein, aber besser) und von einer Welt, die »fairer, greener, more equal, more gender neutral, more feminine« sein soll. Die üblichen Phrasen des Unglücks.

Johnson unterstreicht seine Vision von einer sauberen, grünen und gerechten Welt und von Lösungen für den Klimawandel, mahnt vor dem Unterlassen. Angela Merkel, die deutsche Kanzlerin, legt in ihrer Rede den Fokus auf eben dieselben Themen. Und sie betont die Wichtigkeit des Multilateralismus vor allem im Bereich der Klimaschutzes. Welch Zufall!

Und auch der amerikanische Präsident Joe Biden bläst eintönig ins selbe Horn. Gut, bei ihm ist der geneigte Zuschauer schon glücklich, wenn er nicht inmitten seiner Rede einschläft. Doch auch er bringt die wohlklingende Botschaft von »build back better« (früher: weniger sei mehr, besonders für die ohnehin Armen) und verliert sich ebenfalls in bekannten Beschwörungsformeln.

Alles in allem sind sich alle Länderchefs zu einig, die Corona-Krise zum Anlass für massive Veränderungen zu nutzen. Sie argumentieren mit den vorgefertigten Kernbotschaften und Textblöcken des WEF, singen das Lied von einer besseren Welt. Natürlich nur zu unserem Besten – wenn man noch an Märchenerzählungen glaubt.

Und was meinen die politischen Akteure wirklich, wenn sie von einer besseren Welt sprechen? Für wen wird diese besser? Etwa für die Schwächsten? Für die Menschen in der dritten Welt, die millionenfach seit den evidenzbefreiten Lockdowns zusätzlich an Hunger leiden und sterben, ohne dass es die »Eliten« interessiert? Oder etwa für uns, den Souverän, der nicht gefragt wird, wie er sich eine neue und bessere Welt vorstellt? Für jeden von uns, der demnächst nichts mehr besitzen wird? Wer glaubt denen das denn? Da kann nur ein Prinz der Retter sein, der uns die Lösung präsentiert.

EIN PRINZ ALS HEILSBRINGER

Fließend schließt sich der dritte Akt an – und es wird kurz und knapp die Lösung präsentiert, so wie es sich für eine Komödie gehört, alle Scheinkonflikte lösen sich im Guten. Hurra! Und wer könnte das besser darstellen als ein nicht gewählter Royal, der noch das blaue Blut der Unterdrückung vergangener Jahrhunderte in sich trägt und selbst noch nie gewählt wurde: Prince Charles.

Seine Rede strotzt vor den bekannten Worthülsen. Doch er demaskiert die schöne Erzählung. Er fordert die Anwesenden dazu auf, die Frage des Klimawandels mit demselben starken Willen, der Unterstützung der Medien und dem Aufbau neuer Geschäftsmodelle umzusetzen – wie es die ausgerufenen Corona-Pandemie hervorgebracht hat. Das klingt nicht nach demokratischem Vorgehen. Hier sprechen Autokraten im Auftrag der Finanzmächte, die mit Härte und Rücksichtslosigkeit ihre Vorteile verfolgen und umsetzen wollen – ohne Mitsprache des Souveräns.

ELITÄRE DOPPELMORAL

Im privaten Kreise demaskieren sich auch die Regierenden wortwörtlich, sitzen eng an eng, lachen, trinken. Vergessen ist all der Abstand und Corona-Anstand. Denn während die gewählten Volksvertreter sich nicht an die Regeln halten, sich gegen das eigene Volk richten und in einer nie dagewesenen Weise offen zeigen, für wen sie eigentlich tätig sind, tragen unsere Kinder weiter Masken in den Schulen, sollen demnächst gentherapeutisch mit einer experimentellen Impfung behandelt werden, bleibt unsere Gesellschaft geschlossen, unsere Grundrechte massiv eingeschränkt.

So wie noch nie zuvor, direkt vor unseren Augen, verwandeln sich die Polit-Protagonisten in Auftragnehmer der globalen Finanzelite. Und so bleibt uns nichts anderes zu sagen und mit Goethes Faust zu schließen: »Das war also des Pudels Kern!«



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin M.A., Redakteurin und Marketingfachfrau.

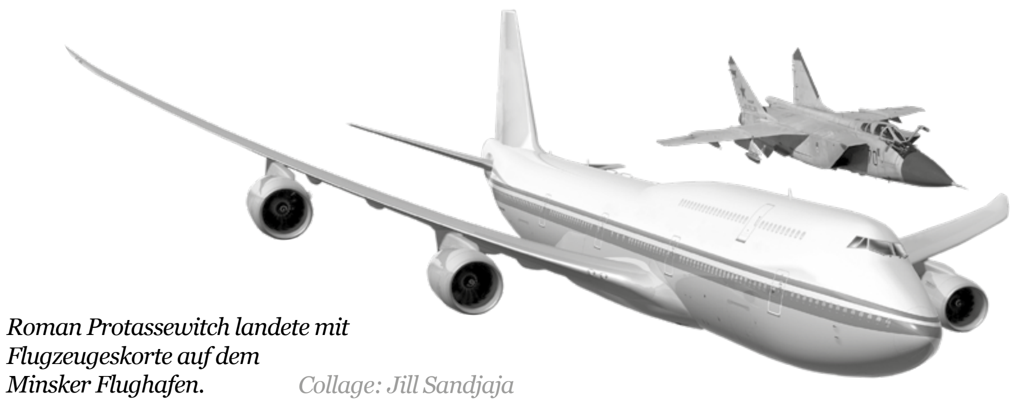
EIN NEONAZI IM SCHAFSPELZ

Die Faktenlage zum weißrussischen Dissidenten Protassewitsch lässt das transatlantische Lügenkonstrukt bröckeln. | Von Markus Fiedler

Es ist schon ein Leid mit den Leitmedien. An der Story über die erzwungene Flugzeuglandung in Minsk und der Inhaftierung eines armen demokratischen Journalisten und weißrussischen Dissidenten stimmt so gut wie gar nichts. Hier werden wesentliche Daten ausgelassen. Damit erzeugen die Medien gezielt ein falsches Lagebild in der öffentlichen Meinung, was sich hervorragend für die Forderung nach neuerlichen Sanktionen gegen Russland und Weißrussland nutzen lässt.

Über Roman Protassewitsch berichteten Dirk Pohlmann und ich am 8. Februar 2021 in Folge 59 von »Geschichten aus Wikihausen« (*wikihausen.de*). In der *Wikipedia* ist zu lesen, dass besagter Roman ein armer Journalist sei, der gefoltert wurde. Wegen ihm sei ein Flugzeug in Minsk zur Landung gezwungen worden und er danach abgeführt, vermutlich geschlagen, gefoltert und im Fernsehen unter Zwang vorgeführt worden. An Blessuren werden hier unter anderem ausgeschlagene Zähne, gebrochene Nase, Blutergüsse im Gesicht und herabhängende Wange genannt. Die Wikipedia bezieht sich dabei auf Quellen wie Spiegel, Deutsche Welle, BBC und Bellingcat. Allesamt ebenfalls streng transatlantisch ausgerichtete Medien.

Am 13. Juni 2021 ist zu Protasewitsch in der Wikipedia unter anderem zu lesen: »Raman Dsmitryjewitsch Pratassewitsch […] ist ein weißrussischer Dissident, Journalist, Blogger, Oppositions-Aktivist und politischer Gefangener. Er ist Mitbegründer des Warschauer Nachrichtenkanals Nexta, der sich gegen das autoritär-diktatorische Regime Aljaksandr Lukaschenkas positioniert. […] Nach seiner Verhaftung 2021 in Weißrussland […] erhob die Generalstaatsanwaltschaft der international nicht anerkannten ›Volksrepublik Lugansk‹ Anklage gegen Pratassewitsch [sic!]. Dieser sei im Sommer 2014 dem Asow-Bataillon beigetreten und habe als stellvertretender Kommandeur einer Einheit im Donbass gekämpft. Laut Oleksij Kusmenko vom Recherchenetzwerk Bellingcat gebe es keine Beweise, dass Protasewitsch in den Reihen von Asow in der Ukraine gekämpft habe« (*wikipedia*).



Roman Protassewitch landete mit Flugzeugeskorte auf dem Minsker Flughafen. *Collage: Jill Sandjaja*

PROAMERIKANISCHE DESINFORMATION

Immerhin ist in dieser neueren Version des Wikipedia-Artikels zu lesen, dass Protasewitsch im Donbass gekämpft habe. Ähnliches war in einer älteren Version noch gar nicht zu finden. Aber diese kritische Ergänzung wird gleich mit der Relativierung präsentiert, dass das gar nicht stimmen solle.

Die Quelle: Bellingcat. Über dieses angeblich unabhängige Rechercheportal schreibt Thomas Röper in *anti-spiegel.ru*: »Der Gründer von Bellingcat, Elliot Higgins, wird von US-Think Tanks finanziert und liefert immer genau das, was die USA hören wollen.« Thomas Röper recherchiert fundiert zu geopolitischen Fragestellungen rund um osteuropäische Themen und ist ein ausgewiesener Kenner dieser Thematik. Er hält die Veröffentlichungen von Bellingcat generell nicht für belastbar und bewertet sie als Desinformation.

Und um Desinformation muss es sich auch diesmal handeln. Dass der Kanal Nexta offenbar rechtsextremistische Inhalte veröffentlicht, haben die Kollegen von den Leitmedien vollkommen übersehen. Ein bedauerlicher Fehler? Es gibt außerdem zahlreiche Fotos und sogar Filmmaterial, die Roman Protasewitsch in den Reihen des rechtsextremistischen Asow-Batallions zeigen, das sich vornehmlich aus waschechten Neonazis zusammensetzt. Roman Protasewitsch will dort angeblich nur als *Freelancer*-Journalist gearbeitet haben. Sein Vater sagte schon vor Jahren, Roman sei als Kämpfer in der Ukraine gewesen. Er widerrief aber nach Verhaftung seines Sohnes diese Aussage wieder.

NEONAZI IM DIENSTE DER NATO

Üblicherweise nutzt man als Journalist Werkzeuge wie Kugelschreiber, Notizblock, Kamera und PC. Eine ganze Reihe an Fotos zeigen Protasewitsch allerdings mit schwerem automatischem Sturmgewehr im Arm und in militärischer Vollmontur inklusive kugelsicherer Weste und diverser Munitionsmagazine. Er trägt auch das Asow-Wappen an der Schulter. Darauf die sogenannte »Wolfsangel«, ein Nazi-Symbol, das auch von der SS genutzt wurde. Auch die Wolfsangel besteht aus zwei gespiegelten, diagonal übereinanderstehenden SS-Runen. Dann gibt es noch ein Foto von Roman Protasewitsch, welches er selbst veröffentlicht hat und ihn in einem T-Shirt mit Hakenkreuzaufdruck zeigt.

Außerdem taucht er in einer rechtsextremistischen Propaganda-Zeitschrift auf. Nicht irgendwo, sondern im Großformat auf dem Titelbild. Im Soldatenkampfanzug, mit Sturmgewehr und mit Freundin im Arm. Beide unter dem Nazi-Symbol der »schwarzen Sonne«. Das amerikanische Magazin *mronline.org* berichtete darüber im Artikel *»Western media, even Bellingcat, failed to save the reputation of neo-Nazi soldier Protasevich«*. (*mronline.org*) Im investigativen Onlinemagazin thegrayzone.com findet man zum Fall folgende Informationen: »Nach den Berichten bestätigte Andriy Biletsky, ein ukrainischer neofaschistischer Politiker und ehemaliger Kommandant von Asow, in einem Telegram-Post, dass Protasewitsch tatsächlich an der Seite der Neonazi-Miliz gekämpft habe.« (*thegrayzone.com*)

Die Faktenlage zu Protasewitsch ist erdrückend – er ist ein waschechter Neonazi. Außerdem kannte Protasewitsch einen gewissen Franak Viačorka, Berater der weißrussischen Oppositionsführerin Zichanouskaja und »Fellow« beim Atlantic Council, einem transatlantischen *Thinktank*. Roman hatte Franak bereits in 2018 im US-Außenministerium getroffen und getwittert, dass er dort die wichtigsten Treffen seines Lebens gehabt habe. Hier gab es offenbar einen regen Austausch.

ERZWUNGENE FLUGZEUGLANDUNG IN MINSK

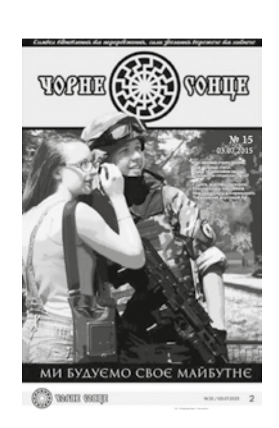
Außerdem: Die angeblich erzwungene Landung des Fluges in Minsk am 23. Mai 2021 um 18:50 Uhr GMT war keine solche. Kurz nach dem Einflug in den weißrussischen Luftraum bekommt der Pilot mitgeteilt, dass eine Bombendrohung für den Flug bestehe. Nach langem Funkverkehr mit Ryan-Air entschließt sich der Pilot kurz vor dem Zielflughafen Vilnius umzukehren und in Minsk zu landen. Ohne Zwang durch Weißrussland. Aber laut Aussage des weißrussischen Präsidenten Lukaschenko auch ohne Alternative. Vilnius, Warschau und andere Flughäfen in den baltischen Staaten sollen die Landung des Fluges verweigert haben. Nach der Landung in Minsk aber noch bevor die Polizei von Roman Protasewitsch und seiner Freundin überhaupt Wind bekommt, *twittert* unter anderem sein Verbindungsmann, Franak Viačorka, dass Roman Protasewitsch verhaftet wurde. Sie zeigen damit quasi mit dem Finger auf ihn. Der anti-spiegel.ru berichtete darüber. Die belarussischen Behörden haben Protasewitsch am Ende tatsächlich wegen dieser Twitter-Nachrichten gefangen nehmen können, die sich schnell im Netz verbreitete. Protasewitsch wird nach eigener Aussage klar, dass seine ehemaligen transatlantischen Förderer ihn fallen gelassen und ans Messer geliefert haben.

GESUCHTER KRIEGSVERBRECHER

Auch weil er vom Donbass als Kriegsverbrecher und Scharfschütze gesucht wird ist es sein ausdrücklicher Wunsch, nicht dorthin ausgeliefert zu werden. Er kooperiert wahrscheinlich auch deswegen mit Weißrussland und gibt ein langes Fernsehinterview. Er »singt« sicher unter hohem psychischem Druck. Aber macht er die Aussagen wirklich unter Folter? Aus dem Bildmaterial des Fernsehinterviews können die zahlreichen Misshandlungsvorwürfe wie gebrochene Nase, hängende Wange, Blutergüsse im Gesicht und ausgeschlagene Zähne nicht bestätigt werden. Weißrussland ist weit davon entfernt, eine lupenreine Demokratie zu sein. Es könnte Folter angewendet worden sein. Nur, die Bilder stützen nicht die diesbezüglichen Vorwürfe und Spekulationen.

Die Quintessenz dieser Geschichte: Von interessierter Seite in den USA werden immer wieder Neonazis als nützliche Idioten für *Regime-Changes* und Terrorakte eingespannt. Das zieht sich wie ein roter - oder besser »brauner Faden« - durch die Geschichte der US-Geheimdienste. Wir lernen außerdem, dass hierzulande alle systemkritischen Geister sofort als Rechtsradikale beschimpft und verdächtigt werden. Und das ohne jeden Beweis. Wenn es aber um waschechte Nazis geht, werden uns diese als arme harmlose Demokraten-Knuddelhäschen verkauft. Zum wiederholten Male berichten die Medien falsch im Zusammenhang mit der Neonazi-Asow-Brigade.

Unsere Leitmedien, allen voran *ARD, ZDF*, *Deutsche Welle* und der *Spiegel*, machen massive Propaganda für höchst zweifelhafte Typen. Es bleibt also die bange Frage: Wer ist hier der Nazi?



Titel des Magazins Schwarze Sonne vom Juli 2015.

Bildquelle: Magazintitel

DW-BESTSELLERLISTE



Rebellion oder Untergang! Ein Aufruf zu globalem Ungehorsam zur Rettung unserer Zivilisation
Chomsky, Noam

Westend Verlag
ISBN: 978-3-86489-314-8



Corona, Krise, Kapital. Plädoyer für eine solidarische Alternative in den Zeiten der Pandemie
Kreilinger, Verena; Wolf, Winfried; Zeller, Christian
PapyRossa Verlag
ISBN: 978-3-89438-739-6



Friedliche Solidarität. Für die Freiheit von Richthofen, Motschi

Tradition GmbH
ISBN: 978-3-347-29761-6



Impfen.
Leidel, Jan

Piper
ISBN: 978-3-492-31740-5



Die Erfindung des Unglücks: Wie kam das Unglück in die Welt - und warum ist es immer noch da?
Lucas, Dietmar

BoD
ISBN: 978-3732282517



Hitlers amerikanische Lehrer. Die Eliten der USA als Geburtshelfer der Nazi-Bewegung
Ploppa, HermannPloppa, Hermann-Theodor

????
ISBN: 978-3-9812703-3-4



Schreckgespenst Infektionen. Mythen, Wahn und Wirklichkeit
Bhakdi, Sucharit; Reiss, Karina

Goldegg Verlag
ISBN: 978-3-903090-66-8



Das neue Handbuch des Journalismus und des Online-Journalismus.
Raue, Paul-Josef
Schneider, Wolf

Rowohlt Taschenbuch
ISBN: 978-3-499-62825-2Z



Zwei Tage in Berlin. Fest für Frieden und Freiheit
Henkelmann, Hannes

Driediger Verlag
ISBN: 978-3-932130-63-2



Generation Beleidigt. Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei.
Fourest, Caroline

Edition TIAMAT
ISBN: 978-3-89320-266-9



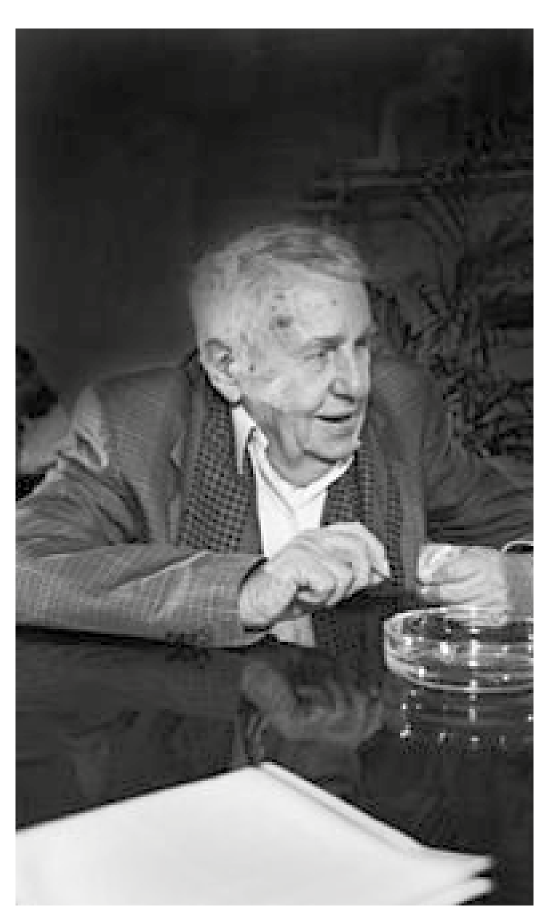
Die Sommerinterviews dieser Wochenzeitung auf demokratischerwiderstand.de/presseklub! *Hier auf dem Foto: DW-Journalistin Nadine Strotmann (rechts) und der Philosoph und Autor der »Minima Mortalia« Dr. Werner Köhne gemeinsam auf der Insel Rügen – beim Camping-Gipfel von Redaktion und Verlag in der ablaufenden Woche. Foto: Hannes Henkelmann.*

Wann wird man je verstehen?

BUCHBESPRECHUNG *von Brigitte Ebert*

Meine persönliche Neuentdeckung der Corona-Zeit ist dieser eine Autor, Hans Werner Richter. In Westdeutschland habe ich von ihm nie gehört. Auf Usedom in einer aufgeklärten Buchhandlung fiel mir dieses Buch aus dem Jahr 1982 in die Hand. Es passt erschreckend gut in unsere Zeit.

Mit einfachen Worten, fast bis ins Abstakte, erzählt Richter aus zwei Perspektiven, von Gefühlen, Gedanken, Verhalten und Wahrnehmung der beiden Protagonisten. Er endet nach dem Karussell der Ereignisse, nach dem Aufstieg und Fall der Machthaber, nach den Anstrengungen aller Beteiligten, ihren Überlebensraum in dem System zu finden, mit der Aussage eines Bürgermeisters wider Willen: »Mein Gott, wer soll das alles verstehen.«



Hans Werner Richter, 1992 in München *Bildquelle: Wikipedia*

Falsche Triumphe sind die 126 Seiten betitelt: »Der Roman erzählt die Dorfgeschichte von Willi, dem Friseur, und von Willi, dem Lehrer, vom Beginn bis zum Zusammenbruch des Dritten Reichs. Der eine ist ein Mitläufer, der andere Antifaschist, aber beide wollen vor allem eins: Überleben. Deshalb gehen sie nach mehr oder weniger zaghaften Versuchen des Widerspruchs jeweils den Weg der Anpassung. Als 1945 der Lehrer als Bürgermeister eingesetzt wird, triumphiert keiner. Und alle passen sich erneut an.« – So beschrieb es damals der Verlag Wagenbach.

Gemeint sind die unbeständigen Persönlichkeiten und ihre Beziehungen untereinander. Freundschaft und Vertrauen haben versagt. Feindschaft, Gegnerschaft und Misstrauen verlieren ihre Begründung. Was bleibt ist die tiefe Verunsicherung über die eigene Identität und die unserer Mitmenschen.

Das heutige System agiert anders, doch die Effekte sind ähnlich. Auch wir haben gelernt, unsere Gedanken zu verschweigen, unser Gesicht und unsere Gefühle zu verbergen, um zu überleben.

Auch uns sitzt der Schreck in den Knochen über die Brüchigkeit unserer menschlichen Beziehungen. Was dieses Buch zeigt, in leisen Tönen, ist die Notwendigkeit, menschlich zu bleiben. Es wirft die Frage auf, welchen der Mitläufer lässt man laufen, welchen nicht. Diese Frage wird auch uns eines Tages beschäftigen.

Zu verstehen ist das alles nicht. Es ist unmenschlich.



SPORT MIT BERTHOLD

EUROPAMEISTER OHNE STIMMUNG?

Über die Einzelheiten wissen wir zu wenig, um sie bewerten zu können: Während der Partie am vergangenen Samstag brach der dänische Fußballer Christian Eriksen zusammen. Was wir aber wissen, ist, dass die Mainstreammedien ihr Empörungsthema hatten, während wir uns freuten, dass der Sportler noch aus dem Krankenhaus ins Stadion grüßte. Freuen wir uns mit ihm und seinen Leuten – über sinnvolle und erfolgreiche medizinische Versorgung. So geht das!

Am Mittwoch hatten wir es mit anderen Krankheiten zu tun, dort aber eher sozialer Art – und leider weniger medizinisch begründet. Beim Turnierauftakt in der deutschen Gruppe bei der Europameisterschaft 2020/2021 hatten mich die Bilder aus der ungarischen Hauptstadt Budapest noch an die guten, freieren Zeiten erinnert: Sportfeststimmung! In München aber erinnerte mich die Atmosphäre wieder an die traurige, beengte Realität bei uns: Eine viel zu geringe erlaubte Zuschauerzahl im weiten Oval der Arena.

Und nun zu unseren Spielen: Gegen Weltmeister Frankreich können wir ein Spiel verlieren. Schon am heutigen Samstag gegen Portugal erwartet die deutsche Mannschaft bereits ein Endspiel. Ich bin überzeugt davon, dass ein Sieg im Bereich des Möglichen liegt! Vielleicht klappt es ja im und um das Bayern-Stadion in Fröttmaning auch endlich mit der Stimmung für einen guten Befreiungsschlag?

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein von Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

VOR DEM SKLAVEN, WENN ER DIE KETTE BRICHT,
VOR DEM FREIEN MENSCHEN ERZITTERT NICHT!
FRIEDRICH SCHILLER

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 51. Ausgabe ab Samstag, 19. Juni 2021. | Redaktionsschluss war am 17. Juni, 8:30 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi, Ronja Palmer (stv.) **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Ressort International:** Ronja Palmer **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Anselm Lenz **Fotoressort:** Gerd Danigel, Steve Schramm, Hannes Henkelmann **Weitere Redaktionsmitglieder:** Aya Velázquez, Dr. Yana Milev, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.